

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Postzeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mk., Reklamen 12,00 Mk., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübener Volksbote

Nummer 57.

Mittwoch, den 8. März 1922.

29. Jahrgang.

Rathenau über die Wiedergutmachung.

Deutschland und Genua.

Im Hauptauschuss des Reichstages sprach am Dienstag der Minister des Innern Dr. Rathenau bei der Beratung des Haushaltsplanes seines Ministeriums über das Reparationsproblem. — Es gibt in Deutschland hauptsächlich drei Auffassungen über das Reparationsproblem. Die eine kann man nur als Katastrophopolitik bezeichnen; sie lehnt die Reparationsleistungen strikt ab. Die zweite Richtung will zwar bis zu einer bestimmten Grenze Reparationen leisten, fordert aber, daß mit allem Nachdruck erklärt wird, die Forderungen seien vollkommen unerfüllbar, und es habe überhaupt keinen Zweck, sie in wesentlichem Umfang zu erfüllen. Diese Politik ist eine Politik mangelnder Psychologie und Erkenntnis der Weltlage. — Die dritte Auffassung erkennt an, daß durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages für das Reich eine Verpflichtung zur Reparation geschaffen ist. — Derselben Auffassung ist auch die Reichsregierung. Nach ihrer Meinung muß unter allen Umständen der Versuch gemacht werden, den ehemaligen Gegnern zu zeigen, daß Deutschland bereit ist, bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. — Meine Reichstagsrede über das Reparationsproblem ist mißverständlich aufgefaßt worden. Ich hatte darin erklärt, daß das Maß der Erfüllung gegeben sei durch die Frage, wie weit man ein Volk in Not geraten lassen dürfe. Dieses „dürfe“ unterstreiche ich nochmals, denn darin ist die sittliche Verpflichtung mit enthalten, bei den Reparationen nur bis zu dem Punkte zu gehen, den ein Staatsmann verantworten kann. Jede andere Auslegung ist mißverständlich oder böswillig. Die Fragestellung „Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Erfüllung“ ist für das Reparationsproblem überhaupt nicht ausschlaggebend. Viel bedeutungsvoller ist die Frage, wie weit ist eine Reparationsleistung Deutschlands überhaupt für die übrigen Völker erträglich? Hat nicht die auf dem Weltmarkt genutzte Zwangsarbeit unseres Volkes den Weltmarkt zerrüttet? Unsere Politik hat sich psychologisch als richtig erwiesen. Die Sprache der Tatsachen ist so klar gewesen, daß heute in allen Ländern das Reparationsproblem von neuem studiert wird. Zurzeit schweben Verhandlungen darüber, auf welches Maß die Reparationen für 1922 begrenzt werden sollen. Die praktische Politik der Regierung führte zunächst nach Wiesbaden. Die zerstörten Gebiete Frankreichs müssen wieder hergestellt werden. Solange sie als Wüsten zwischen Deutschland und Frankreich liegen, werden sie ein Symbol der Spaltung zwischen den Völkern bleiben. Während das Ergebnis von Wiesbaden nach außen hin den beabsichtigten Erfolg hatte, wurde es im Innern zum Anlaß einer lauten Agitation und Kontroverse, und zwar nicht nur gegen die Sachleistungen. Dabei spielten aber weniger wirtschaftliche als politische Fragen die Hauptrolle. Die Agitation gegen Wiesbaden bewegte sich vielfach in Widersprüchen, die sich dann auch bei der innerpolitischen Auseinandersetzung bezüglich der Konferenz von Genua wiederholten. Das Ergebnis von Cannes war trotz des vorzeitigen Abbruchs infolge des Rücktritts von Briand kein negatives. Cannes ermöglichte es, den Vertretern der früher uns feindlichen Nationen unsere Gesamtanlage darzulegen. In Cannes wurde ja auch die Konferenz aller Nationen für Genua in Aussicht genommen.

Ich habe nie erwartet, daß einem aus 40 nicht durchweg am Friedensvertrag beteiligten Nationen bestehenden Gremium, wie es die Genuaer Konferenz darstellen wird, das Reparationsproblem und der Versailles Vertrag zur Beschlussfassung unterbreitet werden könne. Dafür ist Genua niemals der Ort. Wohl aber wird es ermöglicht, in Genua die allgemeinen

Ursachen der Weltkrankung

zu erörtern und gemeinschaftlich mit den andern Nationen nach Wegen zu suchen, die zu einer Gesundung des ganzen Kontinents führen. Praktisch wird Genua vermutlich das erste Glied einer Serie von Konferenzen sein, die voraussichtlich auch noch das nächste Jahr in Anspruch nehmen werden. Die Völker sind heute noch zu weit entfernt von der Klarheit über die Erhaltungsurachen der ganzen Weltwirtschaft, als daß man annehmen könnte, es könnten sofort endgültige Heilungsprozesse vorgenommen werden. Leider gibt es zurzeit keinen andern Weg als den der Konferenzen. Sie geben uns immerhin die Möglichkeit mündlicher Aussprache und des persönlichen Kontaktes mit den Staatsmännern unserer Nachbarvölker. Dieser Weg ist dem Austausch von Noten vorzuziehen. Die für die Entwicklung des Reparationsproblems zuständige Stelle wird voraussichtlich die Reparationskommission bleiben. Zunächst kann es sich nur um provisorische Lösungen handeln; denn auf der einen Seite herrscht ein gewaltiges Geldbedürfnis der empfangsberechtigten Staaten, auf der andern Seite ist die Zahlungskraft Deutschlands, besonders in Barmitteln, außerordentlich begrenzt. Schon die provisorischen zehntägigen Zahlungen von 31 Millionen Goldmark in den ersten Monaten dieses Jahres haben den Wechselkurs

in starkem Maße zugunsten Deutschlands beeinflusst. Die deutsche Zahlungsfähigkeit in Goldmark findet direkt ihre Begrenzung in der Bewertung des Dollars an der Berliner Börse. Schließlich muß an die Stelle der provisorischen Regelung die endgültige treten. Zunächst muß sich aber der große Kreis der wechselseitigen Verschuldung in Europa lockern, denn das Reparationsproblem ist nur ein Teilproblem innerhalb des allgemeinen Weltverschuldungskreises. Wird das Verschuldungsproblem einigermaßen erträglich gelöst, so ermöglicht das auch die Lösung des Problems der deutschen Reparationen. Das kann aber nur

unter Mitwirkung von Amerika

geschehen. Vielleicht wird dann mit Hilfe aller europäischen und außereuropäischen kapitalkräftigen Staaten eine große Anleihe von Deutschland aufgenommen werden können um seine Gläubiger zu befriedigen. Die Anononisierung der Schuld, wie sie eine internationale Anleihe darstellt, erleichtert die Zahlung und macht sie dauernd tragbar. Die Zahlung an den Nachbar direkt nimmt die Form eines Tributs an und gefährdet den Weltfrieden. Ob Genua zu einem Markstein in der allgemeinen Entwicklung des Weltfriedens wird, ist zu einem guten Teil davon abhängig, wie sich Amerika zu Genua stellt. Durch sein Eintreten in den Krieg hat es den Weltkrieg entschieden; durch sein Eintreten in den Frieden hat es den Frieden entschieden und durch seinen Eintritt in die Probleme der Verschuldung und Sanierung wird Amerika in die Lage versetzt, die Weltentwicklung in wirtschaftlicher und friedensfreundlicher Richtung zu entscheiden. Hoffentlich gelangt in Amerika die Auffassung zum Siege, daß Europa nicht zugrunde gehen darf. Dafür ist Amerika mit verantwortlich. Vielfach ist man in Amerika wenig geneigt, sich mit den verwickelten Verhältnissen Europas zu befassen. Seine materiellen Interessen werden es dahin bringen, an der Lösung dieser Probleme mitzuarbeiten.

Wenn wir auch immer noch weit vom wahren Frieden entfernt sind, so hoffen wir doch, daß der wahre Weltfrieden heranrückt und daß die Konferenz in Genua sein Herannahen beschleunigt.

Dr. Hörsch (DAP.) präzisiert das Programm Rathenaus als unklar und unbestimmt. Wir dürften in Genua den Franzosen u. a. nichts versprechen, von dessen Unerfüllbarkeit wir überzeugt sind. Das mit Bethelmanns getätigte Abkommen über die Sachleistungen muß dem Reichstag vorgelegt werden.

Dr. Heinichen (DVP.) steht der Konferenz in Genua skeptisch gegenüber. Er begrüßt es, daß man, soweit angängig, aktuelle Politik treiben wolle, und bedauert, daß der Minister nicht auf das Verhältnis zu Sowjetrußland eingegangen ist.

Dr. Breitscheid (USP.): Mit der von uns unterstützten Erfüllungspolitik ist erreicht worden, was zurzeit überhaupt erreicht werden kann. Mit der Erfüllungspolitik muß fortgefahren werden. Die Reparationsgewinne müssen möglichst beschränkt werden. — Wie steht es mit den Konzernplänen zum Wiederaufbau Rußlands? Rußland darf nicht ein Ausbeutungsbjekt des internationalen Kapitals werden. — Wie steht es mit den diplomatischen Beziehungen zu den Randstaaten und zu den Staaten der kleinen Entente?

Dr. Haas (DVP.): Unsere Erfüllungspolitik muß und wird die Welt davon überzeugen, daß der Versuch sich als unmöglich erweisen wird. Ihre Aufgabe würde zu schweren innerpolitischen Krisen führen. In der geistigen Atmosphäre des Auslandes hat sich ein Umschwung angebahnt, selbst in Frankreich.

Dr. Leo (Komm.): Nur der Wille der Arbeiterklassen zum Wiederaufbau konnte die Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen. Wir dürfen uns nicht in Genua die Hände binden lassen, namentlich nicht Rußland gegenüber.

Müller-Frank (SP.): Genua wird uns ein Stück weiter bringen. Nur wenn Deutschland einen Teil der Schuld, namentlich Belgien gegenüber, zugibt, kann es in der Frage der Kriegsschuld einen Erfolg haben. Auch wir wissen, daß Deutschland nicht allein die Schuld hat. Mit einer Propaganda großen Stils kommen wir nicht weiter. Die geschichtliche Wahrheit wird sich von selbst durchsetzen.

Reichsaussenminister Dr. Rathenau: Auf ein bestimmtes Programm für Genua können wir uns nicht festlegen. Das neue Abkommen in der Reparationsfrage geht von der gebundenen Leistung zum freien Verkehr über. Die Gefahr eines Reparationsgewinnverlustes besteht nur dann, wenn, wie im Kriege, das Reich als Besteller auftreten würde. Der Preis wird sich lediglich nach Angebot und Nachfrage regeln. Von dem Aufkaufswert für Zentral- und Osteuropa uns auszuschließen, wäre falsch. Die russischen Interessen wird Deutschland dabei stets achten. In eine Konfession ist dabei nicht gedacht. Sie wäre eines zivilisierten Landes unwürdig. Es handelt sich um eine Kooperation, um Osteuropa zu Hilfe zu kommen. Bei der Organisation des Auswärtigen Amtes darf nicht kleinliche Sparsamkeit walten. Die Ernennung eines ständigen Sekretärs empfiehlt sich nicht. Er wäre nur eine unerantwortliche Stelle neben dem verantwortlichen Minister.

Dr. Kaas (Z.) billigt im großen und ganzen das Programm des Außenministers. Die Erfüllungspolitik habe ungewisse Erfolge zu suchen.

Neue Teuerung!

Dr. L. Lübeck, 8. März.

Von neuem tanzt der Dollar nach oben. In wenigen Wochen hat er seinen Kurs von 160 auf 260 erhöht; und die Gefahr besteht, daß er in Kürze seinen alten Höchststand vom Oktober vorigen Jahres (327) erreichen und gar überholen wird.

Dabei steht Deutschland mit seinem trostlosen Geldkurs nicht etwa am schlechtesten; in Polen schwankt der Dollarkurs um 4000, in Wien zahlt man gar 8000 und in Moskau 800 000 für einen Dollar, dessen Friedenswert 4,20 war. Aber das ist ein schwacher Trost. Oesterreich steht dicht am Rande des Verhungerns, und die anderen Oststaaten sind längst nicht in der Weise in den Weltmarkt verflochten, so von ihm abhängig, wie Deutschland.

Und das ist das Verhängnisvolle in den Schwankungen des Geldkurses. Jedes Steigen des Dollars bedeutet automatisch eine Verteuerung der ganzen Lebenshaltung des deutschen Volkes, bedeutet Teuerung, immer größere Teuerung. Denn die deutsche Wirtschaft muß viele ihrer Rohstoffe im Ausland kaufen und in Dollars bezahlen: Baumwolle, Wolle, Fette, Kupfer, auch Lebensmittel usw. Jedes Steigen des Dollars verteuert diese Rohstoffe und damit die daraus hergestellten Waren; und die übrigen Waren schließen sich eilig und tren diesem Steigen an.

Alles verteuert sich; Brot, die anderen Lebensmittel, Kleider, Schuhe usw. Der Arbeiter hungert, er kommt nicht mehr aus mit seinem Gelde; er braucht Lohnerhöhung. Die Lohnerhöhung wirkt wieder auf die Preise, sie steigen aufs neue; der Arbeiter hungert wieder. Auch der Staat kommt nicht mehr aus, er drückt mit tausender Maschine stets neue Geldscheine; die flutende Papiermasse verliert immer mehr ihre Kaufkraft, die Mark schwindet, der Dollar steigt, die Preise ziehen an. Und der Arbeiter hungert erst recht.

So ist der grauenhafte Kreislauf des Dollarkurses, und der Preise und Löhne. Am Anfang steht für den Arbeitsmann, für jeden Festbeschäftigten, der Hunger, und am Ende steht wieder der Hunger. Wie lange soll es so weitergehen?

Man überlege. Die Zeiten der zunehmenden Teuerung wiederholen sich in Deutschland seit dem Kriege in stets neuer Wiederkehr. Sie kündigen sich dadurch an, daß auf den Tisch des Arbeiters schmalere Kost kommt, daß am Ende der Woche oder des Monats die Hausfrau das Notwendigste nicht mehr zahlen kann. Sie kündigen sich aber auch dadurch an, daß die Schieber wieder glänzende Geschäfte bekommen, daß die Umsätze in den Wirtschaften der Lebewelt sich steigern, daß Handel und Industrie Millionen im Schlaf verdienen. Und die Kinder der Arbeiter rufen nach Brot.

So ist es, und so wird es sein, solange in der bisherigen Weise weiterregiert wird. Man haute die letzten Reste der Zwangswirtschaft ab; man riß dadurch den Arbeitern das Brot vom Munde und schenke den Agrariern Milliarden. Man überließ es dem freien Handel, die Kartoffelpreise in wenigen Monaten zu verdreifachen. Ist die Geduld des Volkes mit dieser Mißwirtschaft nicht bewunderswert?

Aber jede Langmut hat ein Ende. Die Sozialdemokratie erhebt seit einem Jahre ihre warnende Stimme; bei den Parteien des Besitzes verhallt sie ungehört. Mit erbarmungslosem Zwange freiben die Verhältnisse dem Abgrunde zu. Wenn nicht die allerhärtesten Maßnahmen ergriffen werden, so rückt die deutsche Mark Seite an Seite mit der polnischen oder mit der österreichischen Krone ins Bodenlose. Und dann kann das arbeitende Volk Deutschlands sich auf eine Stufe stellen mit den hungernden und zerlumpten Scharen der polnischen und österreichischen Proletarier. Und der Besitz wird im Fette des Profits schwimmen und mit Hohngelächter auf das darbenes Volk herabsehen.

Das wird die Entwicklung sein, wenn nicht rasch und rücksichtslos Hilfe kommt. Hilfe? Gewiß, in manchem sind Geldentwertung und Teuerung eine Folge des Krieges. Aber manches könnte verhindert, manches anders gemacht werden. Der Staat läßt sich immer aufs neue um die Steuern heutzügen. Wer zahlt denn Einkommensteuer außer den Lohn- und Gehaltsempfängern? Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz treibt die wiederwärtigste Steuerabotage; er verschleibt und verschleudert seine Riesenverdienste, nur um dem Staat nichts geben zu müssen. Auch bei den übrigen Großverdienern bringt die Regierung nicht den nötigen Mut und den nötigen Willen auf, um ihre Geldsäcke zu öffnen und zu leeren. Statt rücksichtsloser Eröffnung des Bezahrs wird immer neues Geld gedruckt, der Papierumlauf ungeheuerlich vergrößert; die Mark muß sinken, die Preise stet-

tern. Die Arbeiter aber können den Schmachtriemen enger und enger schnallen.

Soll vielleicht die Getreideumlage auch aufgehoben werden? Sollen die Landwirte für ihr ganzes Getreide den Weltmarktpreis bekommen? Dann wird der Votpreis nochmals steigen, auf das Doppelte.

Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er bricht. Aber er wird erst dann brechen, wenn auch der letzte Lohn- und Gehaltsempfänger die bürgerlichen Fahnen des Volkstrugs verlassen hat, und eingetreten ist in die Reihen der für den Sozialismus kämpfenden Arbeiter!

Die Zwangsanleihe.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit: Zu den von uns bereits veröffentlichten Grundzügen der Zwangsanleihe, wie sie vom Reichsfinanzministerium geplant war, ist noch folgendes nachzutragen: Unter der Annahme eines steuerbaren Vermögens von 1000 Milliarden berechnet man die Durchschnittsbelastung auf etwa 5 %. Vermögen bis zu 100 000 Mark sollen frei bleiben. Für das reine Kapitalvermögen beabsichtigt man die Freigrenze bis zu 1 Million zu erhöhen. Um aber unter diese Vergünstigung nicht auch solche Personen stellen zu lassen, die Kapitalwerte besitzen, die der Geldentwertung gefolgt sind und demgemäß hohe Erträge abwerfen, oder die neben Erträgen aus Kapitalvermögen noch sonstige Einnahmen besitzen, will man die erhöhte Freigrenze nur denjenigen zubilligen, deren für 1922 veranlagtes Einkommen den Betrag von 40 000 Mark nicht übersteigt. Die Regelung ist ungefähr so gedacht, daß für die ersten 250 000 M. = 2 %, für die nächsten 250 000 M. = 4 %, für die weiteren und nachfolgenden 250 000 6 bzw. 8 % und für die übrigen Beträge 10 % erhoben werden.

Was die Erhebung der Zwangsanleihe anbelangt, so soll für besonders frühe Einzahlungen, etwa bis zum 1. Juli 1922, Anteil durch Gewährung eines Diskonts (5 % sind geplant) geschaffen werden. Nach den weiteren Verhandlungen mit den Sachverständigen hat man jedoch die Vermutung, als ob hier von ein wesentlicher finanzieller Erfolg nicht zu erwarten sei. Sind Einzahlungen bis zu einem späteren Zeitpunkt des Jahres, etwa bis zum 1. Oktober 1922, nicht erfolgt, so beabsichtigt man, auf den endgültig zu leistenden Anleihebetrag einen namhaften Strafzuschlag (50 % und darüber) festzusetzen. Solche Zuschläge sollen nicht in Frage kommen, wenn der vorausgezählte und der endgültig gezahlte Betrag nicht allzu sehr, etwa 25 %, von einander abweichen.

Jeder vorzugsweise Ausstattung der Anleihe soll vermieden werden. Es wird darum vom Reichsfinanzministerium ein Ausgabekurs von 100 % und ein Zinsfuß von 3 bis 4 % nach Ablauf der dreijährigen Unveränderlichkeit in Erwägung gezogen. Auf eine besondere Amortisation der Anleihe soll nicht verzichtet werden. Die Amortisation wird sich aber nach den vorliegenden Mäßen auf $\frac{1}{2}$ % im Jahre zuzüglich der gewöhnlichen Zinsen beschränken. Eine Auslösung zum Parwert soll vermieden werden. Soweit feststeht, wird die Anleihe durch die Darlehnsklassen besichert werden, damit die Gewerbetreibenden, die aus Mangel an liquiden Betriebsmitteln Schwierigkeiten mit der Beschaffung der Gelder haben, sich eine teilweise Erleichterung verschaffen können. Die Beleihung bei den Darlehnsklassen soll nach Möglichkeit vermieden werden, um die Ausgabe weiteren Papiergeldes in erheblichem Umfange und eine weitere Steigerung der Inflation zu vermeiden. Die vorzugsweise Behandlung der Kriegsanleihen und Sparprämienanleihen hinsichtlich ihrer Beleihbarkeit zu 85 % ihres Parwertes durch die Darlehnsklassen erfahren, wird jedenfalls der Zwangsanleihe nicht zuerkannt werden. Auch der auf Kriegsanleihen den Darlehen seitens der Darlehnsklassen gewährte Vorzugszins von 5 1/2 % wird für die Darleher der Zwangsanleihe nicht in Frage kommen.

Das Steuerkompromiß gesichert?

Berlin, 8. März.

Das Steuerkompromiß gilt, wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, jetzt als gesichert. Die Deutsche Volkspartei wird ihm auch im Plenum zustimmen und die geforderten persönlichen Garantien zurückerstatten, dafür aber schärfere verlangen. Diese beziehen sich auf die Verkehrsbetriebe. Im Steueransatz wurden verlässliche Mitteilungen über die Zwangsanleihe gemacht, die aber nichts Neues erbrachten. Es findet zur Zeit ein lebhafter Meinungsaustrausch über den Zinsfuß und den Ausgabekurs, die Amortisation, sowie die Lombardsfähigkeit der Anleihe statt. Es ist anzunehmen, daß ja ein schätzbare Opfer des Reiches gebracht werden soll, daß die Anleihe zum Kurse von 100 Prozent begeben werden wird. Der nach der dreijährigen Unveränderlichkeit zu gewöhnliche Zinsfuß dürfte kaum 4 Prozent übersteigen. Aber es ist durchaus möglich, daß er sich noch unter dieser Grenze hält. Die Amortisation ist ein knautes Problem. Sie könnte höchstens mit $\frac{1}{2}$ Prozent im Jahre festgesetzt werden.

Die Tagesordnung der Konferenz von Genua.

Bekanntlich ist die Tagesordnung der Genuaer Konferenz durch den Obersten Rat der Entente auf der Zusammenkunft in Cannes im Januar dieses Jahres festgestellt worden. In der Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Poincaré ist das festgelegte Programm in der Hauptfrage gebilligt worden. Die in Genua zur Diskussion stehenden Gegenleistungen beziehen sich vor allem auf folgende Dinge:

I. Allgemeines.

1. Wie ist eine bessere Grundlage für den europäischen Frieden zu schaffen?

II. Besondere Fragen

1. Finanzfragen:

- a) Regelung des Geldumlaufs.
- b) Zentrale und Kassensanktionen.
- c) Leichterliche Finanzen und Wiederaufbau.
- d) Saldofragen.
- e) Organisation des öffentlichen und privaten Kredits.

2. Wirtschafts- und Handelsfragen.

- a) Erleichterungen und Sicherheiten für den Ein- und Ausfuhrhandel.
- b) Gesetzliche und rechtliche Sicherheiten für Wiederaufnahme des Handels.
- c) Schutz des industriellen, literarischen und künstlerischen Eigentums.
- d) Regelung des Konsulatwesens.
- e) Zulassung und Stellung der Ausländer in bezug auf die Ausübung des Handels.
- f) Technische Hilfe beim industriellen Wiederaufbau.

III. Transportfragen.

Die Reichsregierung hat den Reichswirtschaftsrat gebeten, über diese Fragen schleunigst Gutachten zu erstatten. Mit Erstattung dieser Gutachten ist für die Finanzfragen der Wirtschaftspolitische Ausschuss, für die Wirtschaftsfragen der Wirtschaftspolitische Ausschuss betraut worden. Die Zeit, die diesen drei Ausschüssen zur Verfügung steht, ist bei der umfangreichen Materie über die sie ein Gutachten erstatten soll, sehr knapp bemessen. Man wird daher erwarten dürfen, daß diese Gutachten mehr in der Form allgemeiner motivierter Richtlinien erstattet werden. Es ist nicht anzunehmen, daß man mit einem bis ins kleinste spezifizierten Programm dort große Erfolge erreichen kann. Die Ausarbeitung dieses Programms in allen Einzelheiten wird die Aufgabe der Sachverständigen sein.

Der endgültige Beginn der Genua-Konferenz am 10. April.

Paris, 8. März.

Der „Temps“ bestätigt die Meldung des „Matin“, daß die italienische Regierung mit dem 10. April, dem Eröffnungstermin der Konferenz von Genua einverstanden ist. Die neuen Einladungen für dieses neue Datum sollen demnächst an alle Staaten Europas verschickt werden und zwar auch an Deutschland und an Rußland. Die „Siberie“ glaubt übrigens, daß am 10. April nur eine Eröffnungssitzung abgehalten wird und daß dann der Beginn der eigentlichen Verhandlungen über die Ostfrage bis zum 18. April ausgesetzt werden.

Aussicht

auf Zurücknahme der militärischen Sanktionen?

Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, wird über die Frage der Militärkontrolle weiter zwischen den alliierten Regierungen verhandelt. In der Sitzung der Vorkonferenz vom Sonnabend scheint ein Kompromiß zustande gekommen zu sein. Engländerseits habe man darauf verzichtet, die Frage der militärischen Kontrolle mit der Frage der Zurückziehung der militärischen Sanktionen zu verbinden. Auf französischer Seite habe man eingewilligt, daß die Verlängerung der Kontrolle, und zwar der militärischen, maritimen und der Luftkontrolle geprüft werde. Jedoch sei die Schwierigkeit nur aufgehoben; denn selbst wenn die internationalisierte Militärkommission einen Entwurf zustandebringe, frage es sich, ob die Entscheidungen von Deutschland angenommen würden. Es werde ohne Zweifel versucht werden, das Einverständnis Deutschlands durch das Zugeständnis der Räumung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg zu erlangen.

Seelente und internationales Arbeitsamt.

Paris, 8. März. (Vorwärts.)

Gestern nachmittag hat in den Räumen des Unterstaatssekretariats für die Handelsmarine unter den Auspizien des internationalen Arbeitsamtes eine Tagung der paritätischen Kommission, bestehend aus Vertretern der Reederei und der Seeleute begonnen. Auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen vier wichtige Fragen: 1. das internationale Statut für Seeleute, 2. die Versicherung der Seeleute gegen Arbeitslosigkeit, 3. die Arbeitsstunden auf hoher See, 4. der Gesundheitszustand der Seeleute.

Es nehmen Vertreter der Reedereien und Delegierte des internationalen Arbeitsamtes an der Konferenz teil.

Der russische Hunger.

Berlin, 6. März.

Aus Rußland kommen amtliche Feststellungen, nach denen die Zahl der Hungerenden inzwischen auf 30 Millionen gestiegen ist. Odesa, das bisher von einer Hungersgefahr nicht ergriffen war, leidet jetzt gleichfalls schwer unter Nahrungsmittelmangel; desgleichen ist Turkestan nach den amtlichen Berichten jetzt gleichfalls Hungersgebiet. In Cherson können die Todesopfer, die dem Hunger erliegen sind, kaum noch beerdigt werden. Mehrfach wird bereits der Ausbruch von Hungertypus gemeldet.

Ueber die Temernung, die angeblich in ganz Rußland vorherrschend ist, geben folgende Zahlen der Moskauer Handelsabteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates ein Beispiel: Laut amtlichen Angaben kostete vom 15. — 18. Februar d. J. Schafwolle 3 Millionen Rubel, Landleber pro Quadratfuß 525 000 Rubel, Chevreauleder 1. Sorte 500 000 Rubel, 2. Sorte 475 000 Rubel, Wollstoffe pro Arschin 120 000 bis 370 000 Rubel, Bleistifte pro Gros 825 000 bis 2 275 000 Rubel, Farbbänder für Schreibmaschinen 85 000 Rubel das Stück, Finte das Pfund 19 000 Rubel, Anilinfarben des Rils 6 Millionen Rubel.

Ein neues „Projekt“ zur Finanzierung Europas.

Der amerikanische Senator Robert Owen besprach in einer Unterredung mit dem Vertreter der volksparteilichen „Zeit“ in Berlin einen Plan, mit amerikanischer Hilfe eine Europabank zu gründen. Diese soll mit dem Namen „Federal Reserve Foreign Bank“ in New York ihren Sitz haben und überall Filialen gründen, wo die europäischen Banken und Regierungen es wünschen. Die Bank soll ein Kapital von 500 Millionen Golddollar haben, das von den 12 großen Federal Reserve Banken der Vereinigten Staaten gestellt werden soll. Die Aufgabe dieser Bank soll sein, die europäischen Handelskrisen, die auf greifbare Weise begründet sind und auf Goldwerte lauten, zu liquidieren und so durch voranschreitende Finanzierung trübsamer amerikanischer Goldreserven die europäische Produktion wieder zu beleben. Mit Hilfe der europäischen Banken sollten allmählich gegen die oben erwähnten Papiere Goldreserven von 25 Milliarden angesammelt werden. Owen erklärt zum Schluß, er habe eine Abschrift des von ihm im Senat eingebrachten Gesetzesentwurfes über die Europabank Geheimrat Dr. Rauffmann

von der Reichsbank vorgelegt und sei benachrichtigt worden, daß der Entwurf einem sorgfältigen Studium unterworfen werden solle. Sollten die europäischen Banken dem Plane nicht zustimmen, so werde er sein Neuhäufes tun, den amerikanischen Kongress zu bewegen, das Gesetz anzunehmen.

Es ist nicht das erste Heilmittelrezept, das hier aus der Reihe der großen amerikanischen Finanziers dem kranken Europa angeboten wird. Es gehört heute zum guten Ton der amerikanischen „Großen“, daß jeder ein eigenes Rezept zu präsentieren hat. Was hilft aber der vornehmste Wille dieser einzelnen, wenn der amerikanische Staat es ablehnt, sich um Europa überhaupt zu kümmern, wenn wirklich einmal, wie in Genua, Gelegenheit zum Eingreifen geboten ist! Wir glauben, daß die amerikanischen Goldschätze praktischer und produktiver zum Wiederaufbau verwendet werden könnten, wenn die Vereinigten Staaten sich zu dem heroischen Entschluß durchringen würden, die Schulden des kranken Europa einfach — zu streichen.

Ein Opfer des Bolschewistenterrors.

SPD. Berlin, 7. März. (Drahtbericht.)

Der Bearbeiter der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens, Spiveter Djibladse, ist am 17. Februar als Opfer bolschewistischer Grausamkeit in Tiflis verstorben. Nach der Okkupation Georgiens durch die Bolschewisten wurde der alte Kämpfer von den Agenten der Okkupationsbehörden ins Gefängnis geworfen. Erst, als er schwerkrank monatelang im Gefängnis darniederlag, wurde er in hoffnungslosem Zustande entlassen. Die Monate bolschewistischer Inquisition mögen schmerzlicher als die Jahre sibirischer Verbannung, die er im Dienste der Arbeiterpartei zu ertragen hatte. Kurz nach dem Tode des Alten wurde die Wohnung, in der seine Leiche aufgebahrt lag, von der politischen Polizei der Okkupationsbehörde besetzt. Von betrunkenen Soldaten wurde die Leiche gewaltsam weggeschafft und an einem unbekanntem Orte vergraben, der erst am nächsten Tage ausfindig gemacht werden konnte.

Die Kapitalverkehrssteuer.

SPD. Berlin, 7. März.

Der Steuerausschuß des Reichstages setzte am Dienstag die zweite Lesung des Kapitalverkehrssteuer-Gesetzes beim § 14 fort. Dieser Paragraph bestimmt, daß bei Mehrstimmennaktien neben der in § 11 festgesetzten Steuer eine laufende Steuer, und zwar für jedes Geschäftsjahr drei vom Tausend erhoben werden sollen. Der Redner der Deutschen Volkspartei, natürlich unterstützt von den Deutschnationalen, suchte nachzuweisen, daß diese Besteuerung die Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft fördert. Der Regierungsvertreter stellt demgegenüber fest, daß durch die geplante Besteuerung gerade das Gegenteil erreicht wird, und daß der Zweck der Steuer sein soll, der Ueberfremdung einen Riegel vorzuschieben. In der Hauptfrage handelte es sich um leistungsfähige Personen; von einem Ausnahmegezet könne keine Rede sein. Im Auftrage der Sozialdemokratie erklärte Genosse Bierstein sich gegen eine Streichung. Die „Ueberfremdungsgefahr“ werde durch die Streichung nicht beseitigt. Wollte man in bezug auf die Ueberfremdung ernsthaft Änderungen schaffen, so müsse das Aktiengesetz geändert werden, indem man ähnlich wie in England die Anonymität der Aktien beseitigt. Der unabhängige Abg. Herzhof schloß sich der Auffassung der Sozialdemokratie an. Der Antrag auf Streichung wird schließlich abgelehnt; angenommen dagegen ein Antrag, nach dem der § 14 im Absatz 5 folgende Fassung erhält:

„Die Vorschriften finden keine Anwendung, soweit das erhöhte Stimmrecht dem Reiche, den Ländern oder Gemeinden (Gemeindeverbänden) zusteht, oder sofern es auf Fälle der Besetzung des Aufsichtsrates, der Veränderung der Satzungen, oder der Auflösung der Gesellschaft beschränkt ist.“

Bemerkenswert ist noch, daß auf Antrag der Sozialdemokratie die vorgesehenen Erleichterungen im § 42 nur auf unverzinsliche Schatzanweisungen beschränkt bleiben. Ein von den Rechtsparteien gestellter Antrag, die Unternehmungen, die Dewisengeschäfte machen, als „Händler“ unter die ermäßigte Steuer einzureihen, wird mit den Stimmen der Linken und eines Teiles des Zentrums abgelehnt. — Weiterberatung am Mittwoch.

Der Deutsche Eisenbahnerverband und seine „Spaltung“.

Vom 4. bis 6. März tagte in Berlin der aus 75 Vertretern aller Eisenbahndirektionsbezirke zusammengesetzte erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Besprochen wurde der verfloßene Streik der Reichsgewerkschaft und die gegenwärtige eingeleitete Lohn- und Gehaltsbewegung. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde gegen drei Stimmen ein Beschluß gefaßt, der die Haltung des engeren Vorstandes während der Streikbewegung billigt und ihm das Vertrauen ausdrückt. Die drei gegen den Vorstand gerichteten Stimmen entfallen auf kommunistische Mitglieder. Bezeichnend aber ist, daß von den 75 Vertretern nur vier der kommunistischen Partei angehören, von denen einer sich bei der Abstimmung noch der Stimme enthielt. Vergleicht man mit diesem Resultat die Nachrichten der kommunistischen Presse, die in den letzten Tagen von einer „Spaltung“ des Deutschen Eisenbahnerverbandes Mitteilung machte, so erkennt man, wie armfellig es um die kommunistischen Herrschaften bestellt ist. Die Tagung des erweiterten Vorstandes hat gezeigt, daß die angebliche Spaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes nur in der Phantastik der Kommunisten besteht. Die Einheitslichkeit, die der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in der Beurteilung des Streikaktus zeigte, bewies er auch in der Frage der schwebenden Lohn- und Gehaltsbewegung. Die bisher unternommenen Schritte wurden gebilligt und der Verhandlungskommission freie Hand gelassen.

Sine Justiztabelle.

In der „W. a. M.“ macht Franz Wrobel folgende interessante Tabelle über das Wirken der Justiz auf:

Angeklagte	Vergehen	Strafe
Junker v. Raehne	Ueberfall auf ein harmloses Reiseautomobil. Drei Gewehrkugeln	10 000 M. Geldstrafe
Heinrich Werth, Otto Jungermann	Streichen nachts ein Hohenzollerndenkmalmot an. Dummerungstreich	Beide je 2 Jahre Gefängnis
Oberamtmann Fried. ehem. Leiter der bayrischen Volkzeit	Bezeichnet Redakteure eines USW-Blattes als „Schweinehunde“. Aeußerung zum Vertriebsrat: „Geht ihnen doch an die Kehle!“	200 M. Geldstrafe
Reichswehrsoldaten Fischer und Standke	Geben die letzte Witte eines Sterbenden weiter; Benachrichtigen den Vater des toten Kameraden über die Gründe des Selbstmordes seines Sohnes	48 Tage Gefängnis 8 Wochen Arrest
Gräfin Eleonore v. Schlieffen Hanns Heinrich v. Schlieffen Kössel	Dingen einen Mörder, um einen Verwandten, den sie beerben können, aus dem Wege zu räumen Der gedungene Mörder	2 Jahre Gefängnis 1 1/2 Jahre Gefängnis 1 Jahre Gefängnis
USP-Redakteur Bergholz	Dat den Ausdruck „Klassenjustiz“ gebraucht.	5 Monate Gefängnis

Die Tabelle ist sehr anschaulich, aber bei weitem nicht vollständig. Man könnte z. B. hinzufügen, daß deutschnationale Junglinge für das Herabreißen der roten Fahne vor dem Parteitagestokal in Görlitz 150 M. Geldstrafe erhielten, dagegen sozialistische Arbeiter für das Herabreißen einer schwarz-weißen roten Fahne drei Monate Gefängnis.

Planwirtschaft und ihre Kritik.

Von Arthur Saturnus.

S. A. K. Seit mehr als zwei Jahren versuchen die Genossen Striemer und Wissell ihre Forderungen nach einer Planwirtschaft zum wirtschaftspolitischen Programm der Arbeiterschaft zu machen. Ein politisches Programm, das sich von utopischen Zielsetzungen fern halten will, muß die politische Kraft einer Partei oder Parteigruppe konzentrieren auf das, was bei der gegenwärtigen Machtlage oder einer nur wenig veränderten Lage der Machtverhältnisse durchführbar ist. Es verlangt also gründliche Kenntnis der eigenen Kraft, Kenntnis der Stärke der befreundeten Machtgruppen, Kenntnis des Gegners. Es erfordert vor allem aber eine Berücksichtigung der soziologischen Verhältnisse, auch da, wo nicht nur Machtfragen auf dem Spiele stehen; andernfalls ist der politische Erfolg in Frage gestellt oder er legt grundlegende Änderungen der Machtverhältnisse voraus, die ihrerseits erst wieder eine Umformung der Staats- und Wirtschaftsform zur Folge haben.

Prüfen wir das Planwirtschaftsprogramm unter diesem Gesichtspunkt. Wissell und Striemer verfechten es mit einem brennenden Eifer, der einer tiefen ethischen Ueberzeugung entspringt. Nun ist die Planwirtschaft keine Erfindung, die ursprünglich in den Köpfen von Sozialisten entstanden wäre. Von den neueren ist es Wiechert von Möllendorf gewesen, der spätere Unterstaatssekretär Wissells, der bereits 1916 in einem „Gemeinwirtschaft“ betitelten Buche das Problem angeknüpft hat, später war es Rathenau, der in seiner „Neuen Wirtschaft“ die Grundzüge des Systems legte.

Wissell und Striemer versuchen die Planwirtschaft vom sozialistischen Standpunkte zu begründen. Sie fordern die Durchorganisation der gesamten Wirtschaft in Fachverbänden, also im wesentlichen die sogenannte horizontale Konzentration unter Mitwirkung von Arbeitnehmern mit dem Endziel, dadurch eine planmäßige Kontrolle und Beeinflussung der Produktion und der Preisbildung herbeizuführen. Ein Reichsgelehrter schreibt den Fachwirtschaftsverbänden ihre Rechte und Pflichten vor. Der Staat führt lediglich eine Aufsicht, die Wirtschaftsleitung wird den Beteiligten überlassen. Vertikale Zusammenschlüsse von Rohstoff erzeugenden und verbrauchenden Industrien sollen dadurch möglich gemacht werden, daß innerhalb der einzelnen Fachverbände Erzeuger und Verbraucher ihre Sitze in den Aufsichtsräten austauschen. In der Gesamtorganisation sehen sie die Vorbereitung des Sozialismus.

Das dürften die Grundzüge des Systems sein, soweit sie sich mit wenigen Worten charakterisieren lassen. Die Unternehmerrchaft lehnt es als Zwangswirtschaft ab. Trotzdem hat auch die Reichswirtschaftspolitik Maßnahmen durchgesetzt, die in planwirtschaftlicher Richtung liegen. Es sei erinnert an die Gründung von Selbstverwaltungskörpern für Kohle, Kalk, Teer und Eisen, und vor allem an das weite Gebiet der Außenhandelskontrolle, in der seit Jahr und Tag die Arbeitnehmer gleichberechtigt mitwirken. Diese Einrichtungen sind von Zeit zu Zeit Gegenstand heftiger Angriffe der Unternehmerverbände, und nachdem diese bisher abgelehnt worden sind, versucht man sie von innen heraus zu unterhöhlen.

Obwohl also Leute wie Rathenau, Krämer, Duisberg und noch manche andere privatim sich mit dem, was Striemer und Wissell kapitalistische Planwirtschaft nennen, sehr eingehend befassen, lehnen sie den Eingriff des Staates, die behördliche Regelung entweder ab, oder aber sie sind außerstande, sich gegen die übrigen Unternehmer durchzusetzen. Schon daraus geht hervor, daß eine gemeinwirtschaftliche Organisation nach Art der Planwirtschaft ausschließlich von den Schultern der Arbeiterschaft getragen würde. Die Arbeiterschaft hätte, wenn eine solche planwirtschaftliche Organisation gesehlich zustande käme, die ganze Last der Verantwortung dafür, daß in der großen Zahl der Planwirtschaftskörper auch wirklich Gemeinwirtschaft, und nicht berufliche Interessenpolitik getrieben würde. Die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft berechtigen durchaus nicht zu hochgepannten Erwartungen nach dieser Richtung.

Es kann ja auch nicht anders sein. Partei und Gewerkschaften haben seit der Revolution eine Fülle von Aufgaben, für die ihr technischer Apparat nicht genügend ausgerüstet ist. Der starke Zulauf neuer Mitglieder, die Unzahl sozialpolitischer Probleme, die seit dem Zusammenbruch die ganze

Kraft der Gewerkschaften in Anspruch nahmen, der politische Kampf um die Republik und ihr Recht auf Leben — all das stellt an die vorhandenen Kräfte geradezu ungeheuerliche Anforderungen. Dabei sind beide Organisationen gestützt auf proletarische Selbsthilfe und Pfennigbeiträge, nicht auf Kohlen-, Eisen- und Zellstoffmilliarden. Es darf deshalb nicht wundernehmen, daß heute auf jede Rundgebung der Partei und der Gewerkschaften zu wirtschaftspolitischen Fragen mindestens 10 bis 20 Gegenüberstellungen von Unternehmernverbänden und Interessengruppierungen der verschiedensten Art entfallen, daß in den Industrieverbänden Fachauschüsse und Sachverständigenbeiräte organisiert sind, wo noch nicht einmal sämtliche Gewerkschaften einen volkswirtschaftlich geschulten Berater haben, daß jedes Vergernis, das ein Unternehmer an der Regierung oder an einer Behörde nimmt, von einem ganzen Blätterwald mit rauschenden Phrasen begleitet wird, während man von den Arbeitnehmervertretern in den mindestens 30 bis 40 von ihnen besetzten Selbstverwaltungsorganen (einschließlich Außenhandelsstellen) kaum etwas hört, — wenn nicht gerade ein großer prinzipieller Streit ausgebrochen ist. Einzelne Genossen machen eine rühmliche Ausnahme, im Großen und Ganzen ist es aber tatsächlich so, daß wir noch nicht einmal genügend Auffklärungsorgane haben, um die Tätigkeit der Arbeitervertreter in den bestehenden Selbstverwaltungskörpern zum Gemeinwohl des gesamten Proletariats machen können. Dem gegenüber steht ein ungeheurer und gut aufgelegener Apparat des Unternehmertums, der in demselben Augenblick in Szene tritt, wenn die Unternehmerinteressen berührt werden, der aber meist schon lange auf die „fürchtbaren Schikanen“ der Behörden hinweist, ehe überhaupt noch ein Fall auf geworden ist.

Striemer und Wissell kennen das alles nicht weniger als ich. Trotzdem muten sie dem Proletariat eine Verantwortung zu, die es vorläufig schon deswegen nicht voll zu tragen vermag, weil es auf seine Aufgaben nicht genügend vorbereitet ist, aber auch deswegen nicht, weil es durch die bestenfalls erreichbare Parität in eine hoffnungslose Minderheit verkehrt wird. Im politischen Parlament fühlen sich die Parteien immerhin an gewissen Gemeininteressen gebunden und es ergeben sich da manchmal eigenartige Kräftegruppierungen, die dem Sozialismus förderlich sind. So haben neulich im 11. Ausschuss des Reichstages die Deutschnationalen zusammen mit den sozialistischen Parteien einen Antrag durchgesetzt, der den Genossenschaften die Befreiung von der Umsatzsteuer zusicherte. Dieser Erfolg mußte später dem Steuerkompromiß geopfert werden, er zeigt aber, daß unter gewissen Umständen im politischen Parlament eine Mehrheit für sozialistische Forderungen zustandekommt, die gar nicht von den anderen Parteien als sozialistisch angesehen werden. Es sei auch daran erinnert, daß die Arbeiterflügel des Zentrums und der Demokraten unter dem Eindruck des Zusammenbruchs oftmals für Forderungen eingetreten sind, die in der Richtung des Sozialismus lagen, wie denn überhaupt die bürgerlichen Parteien mit Rücksicht auf die große Zahl ihrer proletarischen Wähler oft zu Zugeständnissen an die Interessen der Gemeinschaft zu haben sind, wo das Interessenparlament aber verjagen muß.

Die Planwirtschaft kann die horizontale Verknüpfung fördern, ohne die wirtschaftlichen Interessen der sozialistischen Arbeiterschaft zugleich zu begünstigen. Die gegenwärtige, vertikale Konzentration dient ja viel stärker dem Sozialismus, als die horizontale Zusammenballung. Schafft sie doch auf Produktionsgebieten, die sonst nur in losem Verhältnis zu einander stehen, die wirtschaftliche Form der Betriebs Einheit. Dadurch wird die Verwaltungswirtschaft, die von der Gemeinwirtschaft gestützt wird, in hohem Maße vorbereitet. Striemer selbst sieht auch in der Vertikalkonzentration einen Fortschritt, erkennt aber nicht, daß der horizontale Zusammenschluß dem vertikalen gewisse Hemmungen auferlegt und die Konzentration des Kapitals vom Rohstoff bis zum Endverbrauch tatsächlich beengt. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Wäre im Jahre 1918/19 eine planwirtschaftliche Sozialisierung etwa nach den Forderungen Rathenaus in der Sozialisierungskommission für den Kohlenbergbau durchgeführt worden, so hätte Stinnes schwerlich das berühmte Geschäft machen können, durch Zellstoff-Fabrikation den Ausbau einer sonst unwirtschaftlichen Kohlenzeche zu ermöglichen, ein Geschäft, an das sich noch eine Reihe weiterer Konzentrationen knüpfte, z. B. der Erwerb der landwirtschaftlichen Maschinenfabriken in Nippenreuth. Durch die Planwirtschaft könnte allenfalls eine Organisation der Wirtschaft erreicht werden, die von allen Seiten als Zwangswirtschaft empfunden würde, ohne eine wirklich Gemeinwirtschaft zu verbürgen.

Das Görlitzer Programm, das einen Monat vor Fertigstellung der letzten Broschüre über Planwirtschaft erschienen war, konzentriert denn auch die Stoßkraft der Sozialdemokratischen Partei auf staatspolitische Forderungen, die keineswegs auf eine energische Förderung des Sozialismus verzichten. Ueber die Einzelheiten zu reden, verbietet hier der Raum. Es wird später Gelegenheit sein, über den wirtschaftlichen Teil des Parteiprogramms und seine praktisch politische Auswirkungen zu berichten, ebenso wie über die Möglichkeiten seines Ausbaues. Es verzieht sich doch ganz von selbst, daß für die großen wirtschaftlichen Aufgaben der Staat zu einem Wirtschaftsfaktor ersten Ranges ausgestaltet, seine Verwaltung reformiert werden muß. Aber das müssen wir ohnehin, und zwar aus politischen Gründen. Und dann ist die immerhin mit demokratischen Elementen durchsetzte Verwaltung leichter zu demokratisieren als ein Unternehmertum, dessen größte Sorge die Erhaltung seiner Macht ist.

Indessen hätte man nun erwarten müssen, daß zwei Sozialdemokraten, wie Striemer und Wissell sich mit den in Görlitz aufgestellten Forderungen auseinander setzen würden. Würden doch diese zur politischen Richtschnur für Millionen Arbeiter. Statt dessen haben die Planwirtschaftler weiter in den luftigeren Raum hinein ihre Konstruktionen. Es wäre das unbedenklich, wenn sie sich des utopischen Charakters der von ihnen vorgeschlagenen Richtlinien bewußt wären. Denn die klar durchdachte Utopie ist immerhin ein wertvoller Richtweiser, gleichsam eine sozialistische Bilanz der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Statt dessen machen sie in ihrer letzten Broschüre aus ihren Forderungen, die durch die Geschichte der letzten Jahre überholt sind und für die die soziologischen Voraussetzungen fehlen, ein Programm. Das ist bedauerlich. Denn dabei geht unendlich viel wertvolle Kraft verloren in fruchtloser Diskussion, die dadurch nicht „tiefschürfender“ wird, daß man dieselben Thesen immer wiederholt und daß breite, zur Verantwortung strebende Massen an der Politik ihrer Führer irre werden müssen.

Volkswirtschaft.

Die kranke Konjunktur.

Die Markt rast nach unten, es blüht das Glendsgeschäft. Die „Frankf. Zig.“ schreibt dazu: „Die Beobachtung, daß die industrielle Konjunktur, rein äußerlich betrachtet, von der Senkung der Marktkurve profitiert, scheint sich auch diesmal wieder zu bestätigen. Die Marktentwertung regt sowohl die Kaufkraft im Innern — man beachte z. B. den gegenwärtigen Ansturm der Käufer im Textilienhandel — als auch mancherlei Exportbetätigungen an, die Klagen über Warenknappheit mehrten sich, fast nirgendwo kann die Produktion von allen Seiten her gestellten Anforderungen der Abnehmer nachkommen, und für „greifbare Ware“ werden zuweilen Anerbietungen gemacht, über die man fast den Kopf schütteln möchte.“

Erneute Erhöhung der Zementpreise.

Der Reichskommissar für Zement teilt folgendes mit: Infolge der neuerdings bewilligten starken Lohnsteigerung, der Rohlenpreise und der Frachterhöhung mußten die Zementpreise mit Wirkung vom 4. März 1922 erneut um 2700 Mark für 10 Tonnen erhöht werden, ohne daß der Beitrag der Reichsstelle für Zement in seiner Gesamtheit zusammengerufen werden konnte. Von der behördlichen Stelle war unter der Annahme, daß eine erneute Preiserhöhung für Zement nicht so schnell notwendig sein würde, eine neuerliche Untersuchung der Selbstkosten der Zementwerke eingeleitet worden, die zum Teil infolge des Eisenbahnerstreiks nicht zum Abschluß gekommen ist. Diese Untersuchung wird fortgesetzt und erstreckt sich im besonderen auch auf die Angabe von Vertretern der Arbeiterschaft über Lohnverhältnisse innerhalb der Zementindustrie. Das Endergebnis der Untersuchungen soll demnächst in einer Sitzung mit anderen Fragen der Zementbewirtschaftung behandelt werden.

Die neuen sowjetamtlichen Devisenkurse.

Die neuen amtlichen Devisenkurse betragen: die deutsche Reichsmark gleich 1800 Rubel, englisches Pfund gleich 2 Millionen Rubel, Dollar gleich 450 000 Rubel, schwedische Krone gleich 112 000 Rubel, norwegische Krone gleich 80 000 Rubel, französischer Franc gleich 40 000 Rubel, italienische Lire gleich 25 000 Rubel, tschechische Krone gleich 7300 Rubel, finnische Mark gleich 9000 Rubel.

Die Sowjetpresse begrüßt die deutschen Industriellen.

Die Moskauer Presse mißt der Ankunft deutscher Geschäftsleute und Industrieller, die sich in Rußland etwa 6 Wochen aufhalten werden, größte Bedeutung bei. Die sowjetamtliche „Ekonomschiklja Schisn“ schreibt, Sowjetrußland werde mit diesen Männern der Praxis, die gewohnt seien, zu handeln und nicht zu verhandeln, in kurzer Zeit zu Rejultaten kommen. Die deutschen Industriekapitäne können sich überzeugen, daß der neue Wirtschaftskurs keine leere Phrase sei. Daß die Räteregierung ein ernst zu nehmender Kontrahent sei, beweisen die bereits abgeschlossenen Geschäftsverträge mit deutschen Gesellschaften. So wenig Rußland bereit sei, das Objekt der Ausbeutung eines internationalen Konjunktur zu werden, so gern werde es mit einzelnen Kontrahenten für beide Teile vorteilhafte Verträge abschließen. Es sollen Expeditionen in die wichtigsten Industriegebiete Rußlands unternommen und die gewünschten Informationen durch die zuständigen Behörden erzieht werden.

Diehmärkte.

Hamburg, 7. März.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthofmarkt, wird uns mitgeteilt:

Räbermarkt.	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
Doppelender	2000—2300 M.
1. Qualität Rälber	1600—1700
2. Qualität	1200—1500
3. Qualität	900—1100
nächsterne Rälber	800—900

Schweinemarkt.	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	2900 M.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	2200—2250
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	2100—2200
geringere Ware	1700—1900
beste Sauen	2100—2200
geringere Sauen	1700—1900

Marktzufuhr: 1500 Rälber, 820 Schweine. Der Handel mit Schweinen verliert bei geringem Auftrieb flott, mit Rälbern reger.

Devisen-Kurse.

Berlin, 8. März.

Antliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	7. März.	8. März.	
Amsterdam	100 fl.	9890.10	9940.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2292.75	2257.70
Kristiania	100 Kr.	4595.40	4605.35
Kopenhagen	100 Kr.	5489.50	5529.45
Stockholm	100 Kr.	6853.10	6893.10
Helsingfors	100 Finn. Mk.	537.45	538.45
Rom	100 Lire	1348.65	1378.60
London	1 £	1148.85	1152.90
New York	1 Doll.	260.75	261.23
Paris	100 Frs.	2352.60	2387.60
Zürich	100 Frs.	5062.40	5139.85
Madrid	100 Pesetas	4090.90	4175.80
Wien	100 K.	4.08	4.68
Budapest	100 K.	35.96	36.28
Prag	100 K.	423.55	423.55

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Lage	Stb.
Angekommen am 7. März.							
D.	Bürgermeister	Lafranz	Hammers	Burgstaaken			
D.	Dezameritz	Schmidt	Kopenhagen		1		
Angekommen am 4. März.							
D.	Arleberg	Verjasson	Karnaoko		1		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Familienrat Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interim Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in 2224.

Für das kommende Frühjahr — neue Damen-Mäntel

ganz besonders preiswert

Mantel imprägn. bwil. Covercoat.....	485 ^h	Mantel coverc.-farb. neue tesche Machart.	775 ^h	Mantel hellfarbig. Tuch mit reizd. Stepperei - Verzierung.	1075 ^h
Mantel covercoat - farb. Stoff m. Sticker.	590 ^h	Mantel Dogenal, neue weite Form ...	975 ^h	Mantel Covercoat, elegante Neuheit	1175 ^h
Mantel imprägn. Covercoat m. Stepper.	675 ^h	Mantel hellfarb. Stoff m. settl. Stepp. garn.	985 ^h	Mantel verschied. dkl. farbig. Tuch.	1275 ^h
Mantel Donegal, letzte Neuheit.....	690 ^h	Mantel imprägn. Seide, in verschied. Farb.	985 ^h	Mantel Covercoat, weite Schlüpferrform	1485 ^h

Das Weitere zeigen Ihnen unsere Schaufenster.

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann. * G. m. b. H.

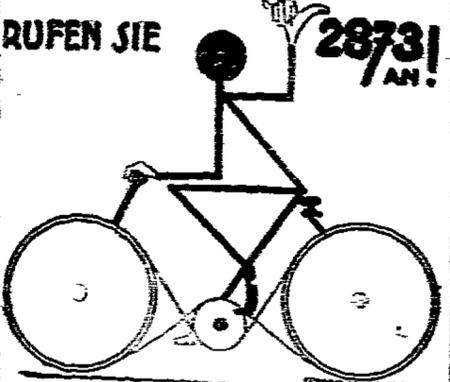
Widw. Mädchen
Frau Perseke,
Lübeck-Siems,
14032) am Kirchweg.

Maurergesellen
heißen ein (14048)
H. Wandke & Sohn
Geibelplatz 21.

Wiener Schirm- und Glocken-Reparatur-Werkstatt
— Neubestellen von Schirmen billigst.
Kurze Lieferungszeit. (14028)
Rich. Rosenthal, Wahrenstraße 71.

Achtung!
Unüberbietbar sind unv. Preise, welche wir täglich zahlen für **Gold-, Silber-, Platin-** Schmuck.
Gebisse, Zähne, Brillanten. sowie **Schmucksachen** aller Art.
Gang besond. weisen wir darauf hin, daß wir jede annonc. Konkurr. überbieten.
14054) **Brennmann**
Bedergeube 24
im Zigarrengeschäft
Achten Sie bitte auf die Hausnummer.
Hundertbrochen geöffnet v. 8-6 Uhr.

RUFEN SIE 28731 AN!



Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie **sofort** wie neu zurück.

Reform-
Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei
mit elektrischem Betrieb. 14053)
Robert Jentzen
50 Nützstraße 50.

Für Geburtstags- und Verlobungs-Geschenke eignen sich unsere in verschiedensten Preislagen vorrätigen Briefkassetten, Briefmappen, Damenschreibmappen, Blumen-Briefkarten mit Umschlägen, Postbüchlein in Wattpapier, Umschlag, Visitenkarten und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Witwer, i. d. Jungm. m. gut. Gemüt, sucht e. ordentl. ehrl. alleinsteh. Frau im gleichen Alter als Haushälterin.
Strehlacher **Scharbow** Steuerhof (14049) bei Schwartau.

7. Komp. I. R. 162.
Zum nächsten gemäßl. Versammlung am Donnerstag, dem 9. März, 8 Uhr im **Konzertsaal Flora** werden alle ehemaligen Angehörigen eingeladen. (14058)

Glas scheiben aller Art, Kitt, Glasarbeiten aller Art.
Secar Feinmechanik, Glasbl. Fleischelstraße 35 F. 2206

Biochemischer Verein Lübeck.
Öffentlicher Vortrag
Montag, den 13. März 1922, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Das Recht der Kranken ist unser höchstes Gebot.
Wo bleiben unsere Krankenkassenbeiträge.
Referent Präsident **M. E. G. Gottlieb-Geibelberg**. Die Herren Ärzte sind herzlich eingeladen.
Nach dem Vortrage freie Aussprache.
Zur Deckung der Kosten wird ein Eintrittsgeld von 2 Mk. erhoben. 7 Uhr Kaffeezeit.
Die Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, dem 9. März, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal **Flora** statt. (14044)

Adlershorst. 14020 **Joh. Bauersin: BALL.**

Fernr. 8920. **Carl Schönwald** begr. 1834.
Hundestraße 25.
Reparatur, sowie Lieferung von Dezi-mal- und Tafelwagen aller Systeme.
Lager von gebrauchten Wagen. (14055)

Deutscher Müller-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.
Die Tariffäge sind ab 1. März 1922 erhöht.
14037) Der Vorstand.

Konditorei Starke Kaffeehaus
Königsstr. 25. Teleph. 8860
Täglich von 10 Uhr früh: **frisches Gebä!**
Künstler-Konzert ab 4 1/2 Uhr nachm. (14025)
Lieferung, auß. d. Hauie f. schnellste Erledig.

+Magerkeit+
Schöne volle Körperformen durch unser „Negro“ Kraftpulver in 6 bis 8 Wochen bis 30 Pf. Zunahme. Garant. unschädlich. Ärztlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreib. Preis Karton mit Gebr.-Anw. Mk. 20.—. Porto extra.
Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 10. (14031)

Leder
Lederausschnitt Ersatzsohlen in haltbaren Fabriken
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und Schäftelabrik. (14027)

Ich war am ganzen Leib mit Flechten
be- haget, welche mich durch das ewige Jucken und Nagel-pelnigen. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizin-Seife das Ael beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Serg. M. Dazu Zuckooch-Creme (nicht fettend u. fettlos). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich. (14033)

Gehties Rbd. 12^h
Beefsteak Rbd. 20.—
Kalbfleisch 11.—
Schweinefleisch 28.—
Rindfleisch 18.—
Gef. Mettwurst 26.—
la. Leberwurst 20.—, 28.—
la. ger. Mettwurst 32.—

Carl Möller
Schlachtere (14052)
Fernruf 2338. Wickedestr. 44

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Außerordentliche **Mitglieder-** Versammlung
am Donnerstag, dem 9. März, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Erhöhung der Beiträge und Unterstützungsläge.
2. Neufestlegung der Verband's funktionäre.
3. Verschiedenes.
Vollständiges Erscheinen erwünscht. (14050)
Die Ortsverwaltung.

Hansatheater.
Mittwoch, 7 1/2 Uhr: Geschlossene Vorstellung.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Er und seine Schwester.
Freitag, 7 1/2 Uhr: 11. Vorst. im Freit.-Ab.
Der letzte Walzer.
Sonabend, 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male **Prinzessin Olala.**
Baudouille-Operette von Gilbert. (14035)

Stadttheater Lübeck
Mittwoch, 8. März, 7.30 Das Glöckchen des Eremiten. (14039)
28. Ab.-Vorst. Welt D. Donnerstag, 9. März, 7.11. Zum letzten Male: **Goeth v. Verlichungen.**
29. Ab.-Vorst. Welt. A. Freitag, 10. März, 7.30 **Tosca.**
29. Ab.-Vorst. Welt. A. Sonnabend, 11. März: **Lehtes Gattspiel Eva-Alicia Cron**
Die **Ballarina des Königs.**
14. Vorst. l. Sonnab.-Ab.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 8. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Finanz- und Steuerpolitik.

In einer stark besuchten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins sprach am Dienstagabend im Gemeindefestsaal Genosse Stelling über „Finanz- und Steuerpolitik“. Der Redner zeigte zunächst, wie wichtig und bedeutungsvoll diese Frage ist, über die sich manche sogenannte Politiker in Deutschland nicht völlig klar sind. Er streifte dann die politische Situation und den Eisenbahnerstreik. Von verschiedenen Seiten wurde der Sturz der Regierung und vor allem der Sturz des Reichsanwalters Dr. Wirth propagiert. Die Besetzung der jetzigen Regierung in dieser ersten Zeit sei aber eng verbunden mit dem Schicksal des ganzen deutschen Volkes. Viele seien sich nicht klar darüber, was im letzten Jahre erreicht worden sei. Rathenau hätten wir viel zu verdanken. Er war es, der den englischen Ministerpräsidenten von der Aenderung und Erleichterung der Reparationszahlung überzeugte. Wenn Rathenau und Wirth auch politisch weit von uns ständen, so hätten sie doch für die wahren Aufgaben der gegenwärtigen Zeit großes Verständnis gezeigt. Es wäre der Sozialdemokratie leicht gewesen, eine andere Taktik einzuschlagen, sie mußte sich aber immer ihrer Verantwortung voll bewußt sein und konnte daher nicht anders handeln, wenn das Volk vor größerem Schaden bewahrt bleiben sollte. Die von rechts fortgesetzt angefeindete sogenannte Erfüllungspolitik habe bereits einige gute Früchte gezeitigt; sie werde uns, damit sei sicher zu rechnen, weitere Erleichterungen bringen. Die Steuer- und Finanzpolitik sei größtenteils eine außenpolitische Frage. Die Entente verlange einfach die Sanierung unserer Finanzen. Eine Gesundung der deutschen Finanzen, die zweifellos notwendig sei, bedeute zugleich eine Gesundung Europas. Das habe vor allem England richtig erkannt und daher dränge man auch besonders dort auf die Erfüllung dieses Ziel. Leider habe man bisher in Deutschland die großen Vermögen nicht zu erfassen vermocht, während die Lohn- und Gehaltsempfänger scharf und relllos angefaßt wurden. Jetzt endlich, nachdem die Entente mit der Finanzkontrolle droht, will man auch dem Besitz zu Leibe gehen, weil nichts anderes übrig bleibt. Die Finanzkontrolle der Entente müsse verhindert werden, da die Gefahr besteht, daß die Entente sonst zunächst die sozialpolitischen Aufgaben einschränkt, besonders aber die Arbeitslosenunterstützung sogleich abschaffen würde. Unter solchen Maßnahmen würden die Arbeiter am schwersten leiden. Heute seien etwa 128 Milliarden Papiermark im Umlauf und das Ende der Papierflut sei noch gar nicht abzusehen, da eine Einstellung der Papierfabrikation vorläufig nicht zu denken wäre. Die Stabilisierung der Mark sei zunächst das Wichtigste und würde einen großen Fortschritt bedeuten. Daß dieses, wie manches andere, nicht erreicht wurde, liege mit daran, weil die Arbeiterklasse infolge der Zerplitterung leider nicht die Macht habe, ihren Willen durchzusetzen. Aus diesem Grunde konnte auch die Erfassung der Sachwerte nicht durchgeführt werden. Hinzu kam noch, daß die eigenen Koalitionsparteien Gegner der Erfassung waren. Die Sozialdemokratie sei aber mit aller Macht dafür eingetreten und werde sich auch weiter dafür einsetzen. Die Allgemeinheit habe ein Recht, zu verlangen, daß der unbedingte Wertzuwachs erfasst und scharf herangezogen würde. Wenn gefast werde, daß diese Steuer auch die kleinen Hausbesitzer usw. treffe, so dürfe man doch nicht vergessen, das gerade der Besitz stark belastet werden sollte. Kleine Grundeigentümer sollten ganz frei bleiben, während die größeren im steigenden Maße zahlen müssen. Die Erfassung der Sachwerte sei im Hinblick auf die Besteuerung der Geldwerte als eine ausgezeichnete Gelegenheit anzusehen. Als wichtiger Grund gegen die Heranziehung der Sachwerte wurde ins Feld geführt, daß man nicht sogleich Geld bekomme,

sondern erst notwendige Vorarbeiten erledigen mußte. Das Reich brauchte aber sofort Geld und so habe man sich nach harten Kämpfen schließlich auf die Zwangsanleihe nach einer Mißtarbe Goldmark geeinigt. Die Sozialdemokratie, welche die Tilgung dieser Anleihe relllos dem Kapital aufzulegen wollte, drang mit ihren Forderungen nicht durch. Sie erreichte aber, daß in den ersten Jahren keine Zinsen und später nur geringe gezahlt werden. Wir mußten bei diesen Dingen auch darauf Bedacht nehmen, das Kapital nicht zu einem Nachfaktor zusammenzufassen, der gefährlich für die Republik werden konnte. Zunächst stand die Sozialdemokratie mit der Forderung der Zwangsanleihe ganz allein, harte Kämpfe habe es gekostet, sie bei den anderen Parteien durchzusetzen. Der Redner besprach dann die Kredithilfe der Industrie, die an ganz unglaubliche Bedingungen, wie Entlastung der Eisenbahnen usw., geknüpft war. Er ging dann kurz auf die einzelnen Steuern ein und zeigte, wie die Sozialdemokratie stets bemüht war, den Besitz zu belassen und die Minderbemittelten zu schonen. Ohne indirekte Steuern wäre heute aber leider nicht auszukommen. Treffend kennzeichnete Genosse Stelling das Verhalten der Deutschen Volkspartei, die die Gelegenheit benutzte, um in die Regierung zu gelangen. Ein scharfer, aber erfolgreicher Kampf mußte auch gegen das Zentrum geführt werden, weil es die landlichen Genossenschaften von der Umsatzsteuer befreien wollte. Die Deutsche Volkspartei fordere nun, daß die Zwangsanleihe dieses Jahr nicht erhoben wird. Dagegen werde die Sozialdemokratie sich mit aller Entschiedenheit wehren und verlangen, daß in nächster Zeit die Zwangsanleihe durchgeführt wird. Wenn von der äußersten Linken und Rechten behauptet wird, das Steuerkompromiß war nicht nötig, so lagen wir, daß vor allem die außenpolitische Lage dieses Kompromiß bedingte. Die Fäden, die mit dem Ausland geknüpft waren, durften nicht zerfallen werden. Gegen die Hehe von rechts müsse mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden, da diese Leute es waren, die das ganze Elend herbeigeführt hätten. Wir aber wollen den Gedanken an die Verschönerung der Menschheit nicht aufgeben und unsere Hoffnung auf den Sieg der Vernunft und auf den Sozialismus setzen. (Lebhafte Beifall.)

Die Aussprache bewachte sich im Sinne des Referats. Es sprachen die Genossen Brehmer, Rakke, P. Löwig, Friedrich und Dreger. In einem kurzen Schlußwort erwähnte Genosse Stelling die Verammelten, stets für die Partei zu wirken und die Massen über die Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuklären.

Zu Beginn der Versammlung widmete der Vorsitzende den verstorbenen Genossen einen warmen Nachruf. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sitzen.

Antisemitische Hehe und deren Folgen.

Die antisemitische Hehe an den Lübecker höheren Schulen hat schon öfters von sich reden gemacht. Am Katharineum war es Dr. Sander und am Johanneum Prof. Hofmeister, die in dieser Beziehung sich besonders eingestellt hatten. Unter diesem Vorzeichen hatten vor allen Dingen die jüdischen Schüler zu leiden. Am Katharineum richtete sich die antisemitische Hehe besonders gegen den Direktor Prof. Rosenthal, dem man aus seinem Namen die jüdische Herkunft abzuleiten versuchte, obwohl er weder Jude war noch ist. Die Oberschulbehörde mußte, nachdem ihr die Sache zur Kenntnis gebracht war, ein Verfahren sowohl gegen Hofmeister wie gegen Sander einleiten. Das Verfahren gegen Sander hat nun vor einigen Wochen vor der Disziplinarkammer stattgefunden und mit einer Warnung an Dr. Sander geendet. Hier hat dann Herr Rechtsanwalt Dr. Wittern, der mit besonderer Vorliebe den Antisemiten ihren schließlichen Schicksal verleiht, aus dem Disziplinarverfahren gegen Sander ein Inquisitionsverfahren gegen Rosenthal zu machen.

Ein Artikel der „Hamburger Warte“, von Holz selbst unterzeichnet, berichtet über das Disziplinarverfahren in bewußt einseitiger Weise, und zwar auf Grund eines noch gar nicht rechtskräftigen Urteils, das in nichtöffentlicher Sitzung gefällt worden

ist. Aus dem Artikel erkennt man, daß die Disziplinarkammer Dr. Wittern und seinem Schilling in bemerkenswerter Weise Rechnung getragen hat. Allerdings mußte das Gericht feststellen, daß der gegen Professor Rosenthal erhobene Vorwurf, er habe mit bewußter Unwahrheit operiert, vollständig unhaltbar sei, sich jedenfalls nicht ein einziger Fall nachweisen ließ. Aber demnach war die Disziplinarkammer bemüht, Prof. Rosenthal in die Rolle des Angeklagten zu versetzen, obwohl er nur als Zeuge vernommen werden sollte. Das ganze Verfahren läßt, soweit wir darüber unterrichtet sind, erkennen, daß die Antisemiten in der Schule von der Disziplinarkammer noch eine Unterstützung erfahren, was ganz außerordentlich eigenartig berühren muß.

Da das Urteil der Disziplinarkammer sich nur in Händen von Dr. Wittern und Dr. Sander befindet, ist wohl anzunehmen, daß von dieser Seite die Angriffe gegen Direktor Rosenthal in die auswärtige Presse und auf diesem Umwege in die reaktionäre lübeckische Presse geschmuggelt sein können. Dringend zu wünschen ist, daß über den Fall bald von amtlicher Seite Klarheit geschaffen wird. Der Ruf der Lübecker höheren Schulen kann durch diese Antisemitischen Exzesse und deren Unterstützung durch die Disziplinarkammer nur diskreditiert werden.

Vom Rechtsbeistand Direktor Rosenthal geht uns folgendes Schriftstück zu:

„Zu den Erörterungen über Direktor Rosenthal erfahren wir, daß er gegen sich selbst die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens beantragt hat. Wir erfahren gleichzeitig, daß das Urteil der Disziplinarkammer gegen Professor Sander, das der „Hamburger Warte“ zugänglich gemacht ist, nicht rechtskräftig geworden ist und somit noch vom Disziplinarkammer übergeprüft werden wird. Da überdies das in nichtöffentlicher Sitzung ergangene Urteil nur auszugswweise und unter Fortlassung aller Direktor Rosenthal günstigen Feststellungen in tendenziöser Form bekannt gegeben ist, dürfte nunmehr zunächst die Entscheidung der zuständigen Stelle abzuwarten sein.“

Schöffengericht.

Wegen Betruges hatte sich am Dienstag der mehrfach vorbestrafte Händler A. zu verantworten. Er verkaufte dem Bildhauer S. einen Drilling für 600 Mk. Später forderbe der Angeklagte die Waffe für einen Augenblick wieder zurück. S. kam diesem Wunsche nach und sah nun das Gewehr nicht wieder. Von den erhaltenen 600 Mk. zahlte A. schließlich 250 Mk. zurück. Das Urteil lautete auf 6 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte wurde mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren und unter Auferlegung einer Buße von 500 Mk. bedingt begnadigt. Außerdem hat er an S. die Restschuld abzutragen. — Einem Drohbrief schrieb der Angestellte R. an eine Frau J., um Geld von ihr zu erlangen. Der Beschuldigte will angeblich eine Forderung von 3000 Mk. an die Frau J. gehabt haben. Letztere bestritt dieses. Der Angeklagte, der vorbestraft ist und sich in der Bewährungsfrist befindet, erhielt 2 Monate Gefängnis. — Diebstahl von Kleidungsstücken. Der vorbestrafte Arbeiter Sch. entwendete auf einem hiesigen Boot einem Maschinenführer zwei Paar Stiefel, einen Mantel und eine Toppe. Er ist geständig, will aber in Rot gehandelt haben, da er arbeitslos war. Die Sachen hat der Angeklagte verkauft und den Erlös für sich verbraucht. Urteil: 3 Monate Gefängnis. — Folgen der Trunkenheit. Der schwer vorbestrafte Arbeiter H. hatte am 10. Februar in einer Wirtschaft an der Untertrave sich tüchtig einen hinter die Binde gegossen und wurde neben anderen Gästen wegen Streit und Krakeel aus der Gaststube geworfen. Als H. auf der Straße weiterlief, wurde er von zwei Schulkenten, die der Wirt zur Hilfe gerufen hatte, zur Ruhe verwiesen. Der Angeklagte soll darauf die Schulkente angegriffen und vor die Kräfte gestrichelt haben. Darauf zog der eine Wachtmeister seinen Säbel und schlug den Angreifer über den Kopf, daß dieser zu Boden stürzte. H., der sich des ganzen Vorganges nur schwach erinnern kann, will, als er auf der Straße lag, noch schwer gemißhandelt worden sein. Die Polizeibeamten haben dann den Angeklagten auf und führten ihn zur Wache. Das Gericht erkannte wegen

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

3. Fortsetzung.

Nachdem sie sich so ziemlich müde gekantzt, führten die beiden Kameraden ihre Tänzinnen in die Stube und boten ihnen zu trinken, worauf die Mädchen, um mit Goldsmith zu reden, den Rand des Kruges küßten. „Man setzte sich zusammen, um zu plaudern. Ludwig hatte nicht bemerkt, daß während des Tanzes sein Vater auf der Stiege gestanden, ihm mit Annemarie gesehen und sehr verfinsterten Angesichts das Wirtshaus verlassen hatte. Ein boshafter Nachbar hatte ihm gesagt, sein Ludwig tanzte heute so schön, und der Alte, dem es ganz recht war, daß sein Sohn auch darin sich auszeichnete, wollte sich das Vergnügen machen, ihn zu sehen. Was es ihm nun schon sehr fatal, ihn mit Annemarie tanzen zu sehen, von der man ihm gesagt, daß sein Ludwig ein Aug auf sie habe, so ärgerten ihn noch mehr die zärtlich glücklichen Mienen des Baars. Er ging sehr verstimmt nach Hause, um zunächst der Ehehälfte seinen Verdruß mitzuteilen, am nächsten Morgen aber mit dem Burtschen selbst ein ernsthaftes Wort zu reden. — Vor allem ahnte Ludwig nichts, seine Freunde blieben daher ungestört. Nach einer Weile kam ein junger Burtsche und forderbe Annemarie zum Tanz auf. Ludwig sah ihn groß an und hatte gute Lust, ihm zu sagen, er solle sich farscheren und eine andere suchen. Mein er begann sich, daß er dazu kein Recht habe, und ließ sie ziehen. Er sah dem Tanzen zu und freute sich an der stützigen Haltung Annemaries und an der Art, wie sie den etwas anbeholfenen jungen Menschen leitete. Als dieser, der sich gewaltig abgearbeitet hatte, den Schwelk von der Stirn wusch, trat Ludwig zu ihm und sagte: „Du bist müde, ich will dich abholen.“ Ohne weiteres nahm er das Mädchen bei der Hand und wuschte sich unter die Haare.

Den ganzen Abend tanzte er nur einmal mit einer anderen, nämlich mit seiner Munter, weil er sicher war, daß sie ihn mit der Geliebten auflesen und von ihr reden würde. Er kam Annemarie beinahe gar nicht von der Seite, und sie hatte dabei ein Ansehen, als ob's nie anders gewesen wäre. Beide waren in jener Stimmung, wo man ganz in dem Lichte selbiger Empfindungen lebt, und das trinkene Auge in den Menschen umher nur Schattengestalten erblickt, die wie in einer anderen Welt ihr Wesen treiben. Sie sahen nicht, wie man um sie her sich in die Ohren wuschte und den Kopf schüttelte; sie bemerkten nicht, wie die zwei Lanagewächsern Töchter eines reichen Bauers, vor deren Augen Ludwig ebenfalls Gnade gefunden hatte und die mit Bruder und Vetter da waren, regelmäßig, so oft sie an dem glücklichen Braut vorübergingen, den häßlichen Mund verzogen, wodurch er keineswegs lächerlicher wurde.

Endlich kam Mitternacht heran und die gesamte Jugend begab sich in die große Stube, um sich zum Schmause zu setzen. Ludwig

blieb auf dem Tanzboden mit Annemarie zurück; die Laßlichter waren herabgebrannt und der Raum beinahe dunkel. Er nahm die Geliebte bei der Hand und führte sie zum offenen Fenster, und beide blickten in die laue, trübe Mainacht hinaus. Nachdem sie eine kurze Zeit schweigend vor sich hingesehen, sagte Ludwig: „Was ist das für ein schöner Anblick! In meinem Leben bin ich nicht so vergnügt gewesen wie heute. Aber du,“ setzte er herzlich hinzu, „bist auch die schönste und liebste Tänzlerin, die man finden kann.“ — „Mach' mich nicht rot,“ erwiderte sie und wurde rot vor Freude, „du tust mir zu viel Ehr' an.“ — „Dir kann man gar nicht zu viel Ehr' antun,“ rief Ludwig, um kein volles Herz durch Lobpreisung zu erleichtern, „du bist das erste Mädchen im ganzen Ries!“

Annemarie schwieg. Mit einem leisen Seufzer und als ob sie die letzten Worte nicht gehört hätte, sagte sie endlich: „Wenn ich deinesgleichen wäre!“ — Sie wollte sagen: wenn ich die Tochter eines reichen Bauers wäre! — Ludwig, den Unterschied ohne weiteres aussehend, erwiderte: „Das ist mir einerlei, du bist mir die liebste, lieber als alle Bauerntöchter miteinander. In meinem Leben wünscht' ich mir keine bessere als dich!“ — Und er bekräftigte diese Beteuerung mit einem zärtlichen Händedruck.

Das war zu viel für das gute Mädchen. Sie erhob sich und sah ihn an. „Ach, Ludwig,“ sagte sie mit einer Stimme, die vor Freude zitterte, und mit einem Tone, als ob sie ihre Worte keineswegs für ganz richtig hielt, „ach Ludwig, ich bin dich nicht wert!“ — Statt aller Antwort faßte Ludwig sie um den Hals und drückte einen herrlicher Schmaus auf die schönen Lippen, die nicht in der Stimmung waren, sich zu weigern, sondern vielmehr gleich darauf das schöne Geschenk dankbar mit Zinsen zurückzugeben. Niemand war Zeuge dieses Vorganges. Es war ganz dunkel geworden. Nur die feuchten Augen der Glücklichen leuchteten gegeneinander.

Regine trat aus der Stube, sie zu suchen: Annemarie eilte zu ihr und ging mit ihr zurück. Ludwig kam später nach, strahlend vor Vergnügen. Er ließ in der Freude seines Herzens eine Klage Wein kommen und auftragen, was gut und teuer war. Die beiden Langgewächsern wurden gelch vor Reid und Vergnügen.

Nachdem in der ganzen Stube die Messer und Gabeln beiseite gelegt waren, begannen die Spielleute „auf den Tisch hineinzumachen“, nämlich Musik. An jedem Tisch pflegt der Burtsche, der's verhehlt, ein läneres Lied vorzuspielen; die Musikanten setzen einen sinnreichen Teller auf den Tisch und spielen das Lied nach. Wenn dies ein paar mal geschahen, so wirft jeder Burtsche mit Art ein Geldstück auf den Teller. — größer oder kleiner, je nachdem es die Ehre und der Beutel leidet — und die Musikanten treten zu einem andern Tisch, um eine neue Ehre zu halten. Der Meister der jungen Leute ist hier derjenige, der mit einem neuen Liebeslied tritt. Denn auch auf dem Lande will man nicht immer dasselbe, sondern was frisches hören und seine Kenntnisse herbeiern. Gewisse alte Volkslieder, die jetzt in gebildeten Krei-

sen Glück machen, sind bei solchen Gelegenheiten geradezu verpönt; und als diesmal der junge Mensch, der mit Annemarie getanzt hatte, sich ein Inseher gab und begann:

Es steht ein Wirtshaus an dem Rhein —
brach ein allgemeines Gelächter aus. „Das hast du wohl von dem Wehle (Wehnlein, Großvater) gelernt!“ rief ihm einer zu, und eine runde Birne an seinem Tisch lagte mit mütterlichem Ausdrud: „Bestimm' dich auf ein anderes, Jakob; so ein junger Mensch darf kein so altes Lied singen!“ Dem verdutzten Jungen fiel jedoch nichts ein, so sehr er auch in die Luft hinstarrte, als ob es dort abzulesen wäre. Er mußte es einem andern überlassen, die Ehre des Tisches zu retten.

Die Zeit nach dem Essen ist überhaupt die, wo verschiedene Späße losgelassen werden. Ein anderes Bürtschen, das zum erstenmal bei einer solchen Gelegenheit war, sang ein bekanntes Lied in herzbrechend falschen Tonen; ein geschickter junger Klarinetist kopierte ihn Ton für Ton, was große Heiterkeit verursachte und dem Musikanten von den „Ausgelernten“ großes Lob zuzog. Der junge Burtsche kam zum erkennen über keinen Gesang zur Erkenntnis und wurde rot. Ein alter Musikant mit gewaltiger Kupfer Nase, der das Horn blies, sagte schmunzelnd: „Ach dich nicht irte machen, Matthes, und halt's nur immer recht mit den Musikanten, dann erleb' ich's noch, daß du die andern alle herunterstreichst.“ Das Bürtschen, das nicht dumm war, verstand den Wink, um sich wenigstens auf eine Art auszuzeichnen, nahm er aus seiner nagelneuen ledernen Beutelchen das Doppelte heraus, was er hatte erst geben wollen, nämlich zwei Sechsbäcker, und warf sie in den Teller, daß es kleng. „Siehst du,“ sagte der geriebene alte Hornbläser, „der Ton ist schon besser!“

Anlekt kamen die Musik an den kleinen Tisch, wo Ludwig mit Annemarie, Hans und Regine saß, und spielten eine kleine Einleitung. Ueber das Gesicht des jungen Burtschen verbreitete sich ein wohlgefälliges Lächeln. Er hatte von Augsburg her ein Lied mitgebracht, das wenigstens für die anwesende Gesellschaft vollkommen neu war, und wollte sich nun gehörig damit zeigen. Als die Musik zu Ende war, setzte er sich in Positur und hub also an:

Wir winden dir den Tannentanz
Mit weichenblauer Seide usw.
Allgemeine Aufmerksamkeit! Die Musikanten, der Klarinetist voran, fanden sich bald in die einfache Weise und nach einigen Minuten ans. Der Erfolg war außerordentlich. Als unter vollkommenen Stille das letzte „Geh'“ gesungen war, riefen einige Mädchen: „Ach, das ist aber schön!“ und sahen mit einer Art nonchalance auf Ludwig. Mehrere Burtsche kamen herbei und sagten, das müßten sie auch lernen. Der Sänger wurde der Mittelpunkt der Gesellschaft. Er mußte auf allgemeines Verlangen sein Lied wiederholen und erntete noch größeres Lob. Seine schöne Nachherin errödete aufs neue bei den bedeutungsvollen Worten „Tannentanz“ und „Freiermann“ und zeigte die liebsten würdigste Freude über den Sieg ihres Tänzers. (Fortsetzung folgt.)

Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf 1 Monat Gefängnis und wegen ruhestörender Lärmens auf 50 Mk. Geldstrafe. Die Gefängnisstrafe wurde in eine Geldstrafe von 750 Mk. umgewandelt. Der Angeklagte nahm das Urteil nicht an, sondern will gegen die Polizeibeamten wegen der erlittenen Behandlung gerichtlich vorgehen. — Ein ungarischer Sohn ist der 21-jährige Arbeiter A., der mittelfr eines Dietrichs sich Eingang in die Wohnung seines Vaters verschaffte und dort Kleidungsstücke, Stiefel und 700 bis 800 Mk. bares Geld stahl. Das Geld lag in einer Holztruhe, die ebenso wie die Kammode aufgebrochen wurde. Der Angeklagte will sich vergeblich um Arbeit bemüht und daher in Not geraten sein. Der Vater erklärte demgegenüber als Zeuge, daß sein Sohn sich stets herumgetrieben habe. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis.

Schiedspruch für das Baugewerbe.

Da die in dem Schiedspruch vom 13. Februar 1922 festgelegten Voraussetzungen eingetreten sind, tagte am Montag, dem 6. März, in Neumünster das Bezirkslohnamt. In einer Vorbesprechung unter der Parteileitung konnte keine Einigung erzielt werden. Nach längerer Beratung wurde folgender Schiedspruch gefällt: „Für die Zeit vom 10. bis 31. März 1922 ist im Hoch- und Tiefbaugewerbe auf den bisherigen Stundenlohn a) für das Lohngebiet Groß-Hamburg 1—4 ein Zuschlag von 2,70 Mk. hündlich, b) für die Lohngebiete Kiel und Kieler Außenförde, Lübeck und Cuxhaven ein Zuschlag von 15 Prozent, c) für das übrige Lohngebiet ein Zuschlag von 15 Prozent, d) den Maschinenisten und Heijern für das Lohngebiet Groß-Hamburg 1—4 ein Zuschlag von 2,70 Mk., für das übrige Lohngebiet ein solcher von 2,30 Mk. zu gewähren unter Abzählung der Pfennige auf volle 10 nach oben.“

Die Zustimmungspflicht der Parteien ist auf eine Woche festgesetzt. Ferner wurde folgende Vereinbarung unter den Parteien getroffen:

„Falls Ende März 1922 eine Erneuerung bzw. Verlängerung der bestehenden Reichsarbeitsverträge mit Wirkung vom 1. April 1922 nicht vorliegen sollte, sind beide Parteien bereit, am 30. März 1922 über die Verlängerung des bezüglichen Lohnvertrages über den 1. April 1922 hinaus miteinander in Verhandlungen zu treten.“

Arbeitseinstellung auf der Flenderwerft.

Wegen Massregelung des Betriebsobmannes wird heute abend die Arbeit auf der Flenderwerft eingestellt. Die Direktion lehnte es ab, die Wiedereinstellung vorzunehmen, trotzdem der Schlichtungsausschuss entschieden hatte, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt ist. Näherer Bericht folgt morgen.

Die Not unserer Konfirmanden veranlaßt die Gemeinnützige Brodenammlung, ihre Sammler und die Haushaltungen der Stadt zu bitten, ungebrauchte Blumenstücke, vor allem aber ausgefallene Frauenhaare der Sammelstelle zum Kauf anzubieten, damit sie aus der Verwertung dieses Materials schnellstens die Mittel anbringen kann, die sie für Konfirmandenstücke zur Verfügung stellen möchte. Aus freundlicher Zuwendung kann die Brodenammlung allen, die bis zum 20. März 500 Gramm Frauenhaar abliefern, außer dem Kaufpreis ein Pfund Vollreis frei abgeben. — Von den Lübecker Brauereien hat die Sammelstelle die Befugnis erhalten, leere Bierflaschen aller Art anzukaufen. Der Ankauf ist sonst nicht allgemein gestattet.

Von der Schifffahrt. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft gibt in ihrem Jahresbericht bekannt, daß der Reingewinn 7670 000 Mk. betrage und daß eine Dividende von 28 Prozent, gleich 7 Millionen Mark, vorgeschlagen werde. Für Lantienen sind 667 000 Mk., als Saldonortrag 3000 Mk. bestimmt. Die Flotte der Reederei besteht gegenwärtig aus acht Dampfern, im Bau befinden sich sechs Dampfer. Es ist beabsichtigt, in diesem Jahre wöhnlich einen Dampfer nach der Ostküste Südamerikas zu expedieren. — Die Norddeutsche Luft-Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Hamburg schlägt ihrer Generalversammlung für das abgelaufene Geschäftsjahr nach Abschreibungen von 355 000 Mk. (im vorigen Jahre 210 000 Mk.) die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent (im vorigen Jahre 20 Prozent) auf die Stammmaktien, und sechs Prozent auf die Vorzugsaktien vor. — Wiederaufnahme der Ostküstenschifffahrt. Die Eisverhältnisse in der Ostsee haben sich jetzt soweit gebessert, daß die Schifffahrt fast überall wieder eingestellt hat. Auch die Ostküstenschifffahrt ist wieder aufgenommen worden. Nicht weniger als 300 Kähne haben im Sietliner Seehafen überwintert müssen, die jetzt langsam wieder in Fahrt kommen.

Universitätswoche Lübeck. Aus der Fülle der Vorträge, welche die Universitätswoche bringen wird, sei heute hingewiesen auf die juristischen Vorträge von Brede or Wiedemeyer, Fellmeier und Rappenstein. Der Vortrag von Professor Wiedemeyer über „Vertragsfreiheit im heutigen Arbeitsrecht“ hat bei den archen Veränderungen, welche in den letzten Jahren im Arbeitsrecht vorgenommen sind, ganz besonderes Interesse für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Professor Fellmeier, der über die Reichsperforation sprechen wird, ist bekannt durch seine kritischen Studien auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts; bei der eindringlichen Schärfe und Klarheit der Darstellung, welche Professor Fellmeier eigen sind, ist dieser Vortrag ganz besonders zu begrüßen. Professor Rappenstein, der Vortrag für Handels- und Schiffsrecht an der Kieler Universität, nennt sein Thema „Recht und Leben in der Seehandelschifffahrt“. Die Frage, wie das Verhältnis zwischen dem Recht und dem von ihm zu regelnden Lebensverhältnissen betriebend gestaltet werden kann, gehört zu den Grundproblemen der Rechtswissenschaft. Zu ihrer richtigen Beantwortung sind Recht und Leben gleichermaßen interessiert. Welche Hindernisse sich der Lösung der hiermit gegebenen Aufgabe entgegenstellen, und wie diese Hindernisse überwinden werden können, soll in Zusammenhang auf die verschiedenen Bedürfnisse und Betriebsformen der dem Handel dienenden Seeschifffahrt in dem Vortrag zum Gegenstand der Betrachtung gemacht werden. — Jeder ist es nicht gelungen, die Zusammenfassung eines niederdeutschen Schicksals, welche als Inhalt der Universitätswoche geplant war, zu erreichen. Der Vortrag von Professor Meisinger über das niederdeutsche Drama ist ammer auf Donnerstag, dem 21. März, abends 8 Uhr (bisher 5 Uhr) festgelegt worden.

ph. Belohnung. Für die Ermittlung der Täter, die in der Nacht zum 3. ds. Mts. den in dem Charzengang der Domkirche aufgehängten Kreuztuch beschädigten, den Kopf verschleppt und in den Mühlenteich warfen, ist eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt. Gleiche Belohnung erhält der, der die Täter so namhaft machen kann, daß ihre gerichtliche Bestrafung möglich sein wird.

ph. Elendstahl. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Schönberg und ein Schmiedegesse aus Harburg, die sich auf einer hiesigen Werft eine größere Menge Eisenbruch rechtsmäßig angeeignet hatten, um diesen zu ihrem Nutzen zu verkaufen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Donnerstag auf vielfachen Wunsch zum letzten Mal: „Och von Verlichingen“. Im Freitag-Abonnement wird zum ersten Mal in dieser Spielzeit „Losea“ von G. Puccini gegeben.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Gegen die Aufhebung des Umlageverfahrens für Brotgetreide. Angesichts der gegenwärtig besonders lebhaften Bestrebungen der Landwirtschaft, für das nächste Wirtschaftsjahr die restlose Aufhebung des Umlageverfahrens für Brotgetreide zu erreichen, hat der Vorstand der Kommerzentammer beschlossen, an die zuständigen Instanzen das dringende Ersuchen zu richten, den entsprechenden Anträgen nicht stattzugeben zu wollen, sondern vielmehr das Umlageverfahren mindestens in dem bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten.

Sonderburg. Günstiges Ergebnis der Kommunalwahlen. Das Korrespondenzbureau Norddeutsche meldet: Am letzten Sonntag schritt die Bürgerschaft Sonderburgs zur Wahlurne. Die Deutschen errangen mit 612 Stimmen 5 Sitze, die Sozialdemokraten mit 888 8 Sitze, die Dänen mit 984 ebenfalls nur 8 Sitze. Die Wahlbeteiligung war sehr reger, 84 Prozent der Wahlberechtigten übten ihr Wahlrecht aus. Am die Wahl in der richtigen Weise zu werten, darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich nach der Einnahme vieler dänischer Beamten in Sonderburg niedergelassen haben. Gegen die letzte Wahl im Juli 1920 hatten die Deutschen ein Stimmenplus von 148, die Sozialdemokraten ein solches von 304 und die Dänen desgleichen von 290. Den Deutschen fehlten nur 16 Stimmen an einem weiteren Sitz. So hat die Wahl auch in Sonderburg ein zufriedenstellendes Ergebnis gezeitigt.

Rosk. Salenkrenzer-Maximen. Die „Mecklenburger Montagspost“ berichtet, daß der Führer der Roskoder Salenkrenzer-Maximen einer jüdischen Professor geheißt hat. — Das ist nun dem Rektor und dem Konzil denn doch über das große Wohlwollen gegangen und so haben sie den Herrn Salenkrenzer für vier Semester aus der Universität ausgeschlossen. Was geschah? Die Korporationen der Studenten, soweit sie antisemitisch-geisteskrank sind, beschlossen, am Jahrestage der Universität zu streiken; sie wollen die Professoren allein ihre Freie feiern lassen. Sie verlangen, daß der studentische Körper christlich rehabilitiert werde. Also ein Ultimatum an den Rektor nach dem Rhythmus: Wenn der Rat in der Brust seine Spannkraft hat... Mephisto-Goethe sagt: „Am Ende hängen wir doch ab von Kreaturen, die wir machen.“ Ob es so oder so ähnlich wohl manchem Professor im Kopfe kummt?

Aus aller Welt.

Schwere Folgen eines Gewitters. Bei einem Gewitter stürzte auf den Continental-Holawerke bei Dären (Mecklenburg) der obere Teil des Hauptkornsteins herab und schlug durch das Dach der Spinnerei des Kabelwerkes. Ein größerer Teil des Betondeckes wurde eingedrückt und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Insgesamt wurden drei Arbeiter getötet und sieben verletzt.

35 Menschen im Wirbelsturm umgeworfen. Ein Wirbelsturm verwüsthete den kleinen Hafenort Chinde in Afrika. Das Regierungsgebäude und eine Anzahl Wohnhäuser wurden zerstört. Leichterfahrzeuge und andere Fahrzeuge wurden zerstört. Der Senatsgerichtsgebäude wurden 600 Törnen Zunder vernichtet. Soweit bisher bekannt ist, sind 5 Europäer und 30 Eingeborene ums Leben gekommen.

Die Bibel in 543 Sprachen. Nachdem die Londoner Weltbibelgesellschaft im letzten Jahrzehnt zehn neue Uebersetzungen fertiggestellt hat, ist die Bibel nunmehr in 543 Sprachen überlekt. An der Uebersetzung in 40 weitere Sprachen wird gearbeitet.

Einbruch in eine Kirche. Aus Raitz wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag wurde die katholische Schloßkirche von Einbrechern heimgesucht, die den kostbaren Reliquienstein mit den Gebeinen der Heiligen Theodora raubten. Auf der Seidenkammerdecke befanden sich etwa 150 in Silber gefasste Edelsteine. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Theater und Musik.

Aus dem Konzertsaal.

Zum letzten Sinfoniekonzert im Stadttheater traf ich gerade noch rechtzeitig ein, als der Gast des Abends, der Kammerlänger Josef Groenen aus Hamburg, seine Zugabe sang. Zuvor hatte er das Rezitativ und die Arie „Auf, Heer des Herrn“ aus Handels „Judas Makkabäus“ sowie drei Lieder von Hugo Wolf zum Vortrag gebracht und sich mit seiner ebenso schönen wie abgeklärten Baritonstimme einen so hübschen Erfolg erkungen, daß er sich zu dieser Zugabe verstehen mußte. Karl Mannstedt erstreckte danach noch die Zuhörer mit Anton Brudners unvollendeter Kantate. Diese Sinfonie für großes Orchester umfaßt nur drei Sätze. Der Tod nahm dem Greise die Notenfeder vorzeitig aus der Hand. Karl Stord, der ebenso weglare wie feinsinnige Führer durch die Geschichte der Musik, hat es versucht, für diese Sinfonie Verständnis zu gewinnen, indem er ihr eine poetische Erläuterung mit auf den Weg gab. Nach Stord ist der ganze erste, durchaus feierliche Satz eine Schilderung der Welt als Spiegel göttlicher Allmacht. Im zweiten Satz, einem Scherzo, räumen Richtigkeiten, Eifen, Freude und andere Naturgeister. Im dritten und letzten Satz aber, einem Adagio, hält einer, ein Greis, in der heimlichsten Kammer Zwiesprache mit seinem Gott und beichtet ihm sein ganzes Leben. Mannstedt erwies sich von neuem als mächtiger Führer. Die Musiker spielten mit wahrer Inbrunst. Dazu die köstliche Wiedergabe dürften dem immer noch viel umstrittenen Anton Brudner zahlreiche neue Freunde gewonnen worden sein.

Ein wirklich wundervolles Programm hatte Karl Mannstedt für das fünfzehnte vollständige Konzert zusammengestellt. Den Auftakt hatte Peter Tschaikowsky mit seiner fünften Sinfonie, die in C-moll steht. Diese Riesensinfonie, deren Spieldauer eine geschlagene Stunde dauert, ist ein außerordentliches farbenprächtiges Stück, das immer fesselt. Das Orchester, befeuert durch Karl Mannstedt, spielte das Werk des Russen geradezu hinreißend schön. Der Beifall war denn auch ungewöhnlich stark. Mendelssohn-Bartholdys — wie er selbst einmal bekannt — „innerlichste“ Ouvertüre zum Märchen von der schönen Melusine fand beim verehrlichen Publikum eine recht dankbare Aufnahme. Mit innerlicher Anteilnahme ließ man sich von dem großen Romanzisten der Meerjungfrau Liebeslust und Leid in Töne schildern. Die drei Balletstücke von Jean Philippe Rameau, dem einflussigen Kammerkomponisten Ludwigs XV., konnte mich nicht besonders begeistern. Wie anders wirkte hingegen Johannes Brahms mit seinen ungarischen Tänzen (Mannstedt spielte die Nummern 1, 2, 6 und 5) auf mich ein! Dieser köstliche Blumenstrauch ungarischer Nationalmelodie darf für immer auf freundwillige Abnehmer rechnen. Köstlich wie Sonntagabend wurde der Walzer aus dem „Kofenkavaler“ von Richard Strauß. Das Konzert war erfreulicherweise außerordentlich gut besucht.

Der Verein der Musikfreunde hatte für sein sechstes Konzert den ungarischen Cellisten Arnold Földes als Solisten gewonnen. Die blühende Technik konnte über die innere Leere seiner Vorträge nicht hinwegtäuschen. Dieser Cellist ist nämlich auf die geradezu absonderliche Manier verfallen, seine Vorträge fast lediglich auf Werte einzustellen, die für andere Musikinstrumente, vor allem Violine, geschrieben sind. Da aber jedes Musikinstrument seine eigene Sprache und auch eigene Seele besitzt, so fehlt den Uebersetzungen in Cello der Duft und das innere Fluidum. Die glänzendste Technik kann diese Imponderabilien nicht herbeizubringen. Der weitaus größte Teil der Besucher des Konzerts begeisterte sich jedoch für das virtuose Spiel und hielt mit seinem Beifall nicht zurück.

In der Geschichte unseres Gemerkschaftsaufes war der erste März ein besonderer Merktag. Selten hat es so viele Besucher in seinem großen Saal, als am Abend dieses Tages. Das Sinfonie- und Stadttheaterorchester hatte zu einem großen Karnevalla-Konzert aufgerufen und nicht vergeblich an das konzertbegehrte Publikum appelliert. Leute aller Stände und Berufe, Jung und Alt hatten sich eingefunden, um sich dieses klassische Karneval-Konzert nicht entgehen zu lassen. Und alle, die da gekommen waren, sind voll auf ihre Rechnung gekommen. In unseren trüben Tagen ist eine musikalische Aufheitung für viele dringend notwendig. Sie ist doppelt willkommen, wenn sie sich in klassisches Gewand hüllt. Den Vortritt hatte man dem Tschehen Dvorak mit seiner Karnevals-Ouvertüre gelassen, einem Stück, das vor übermütiger Falschungslust geradezu überquillt. Danach kam Wolfgang Amadeus Mozart mit einem musikalischen Scherz an die Reihe, einem Sertett, das eine Dorfmusikantenkapelle transportiert. Der musikalische Witz wirkt in seiner Art zwerchfellerstärkend. Ob Gust Svonson, von dem ein norwegischer Künstler-Karneval zum Vortrag gelangte, identisch mit jenem Johann Svonson, von dem ich einmal vor langen Jahren eine sinfonische Dichtung hörte, der ein indischer Sagenstoff zu Grunde lag, vermag ich im Augenblick nicht zu sagen. Dem norwegischen Künstler-Karneval konnte ich kein besonderes Interesse abgewinnen. Papa Hagens weltberühmte „Abschiedsinfonie“ machte umso nachhaltigeren Eindruck, weil sie in derselben Art und Weise vorgetragen wurde, wie einst, als sie zum ersten Male erklang, und als Hand und seine Musikerkollegen dem Fürsten Esterhazy, bei dem sie in Lohn und Brot standen, durch den gelungenen Scherz Weihnachtsurlaub abzwangen. Der Saal lag völlig im Dunkel. Nur auf den Notenpulten der Musiker brannten einzelne Lichter. Im letzten Satz aber verschwand dann ein Musiker nach dem andern, nachdem sie ihre Lichter ausgelöscht hatten. Als letzter räumte der von allen Musikern verlassene Kapellmeister das Feld, in diesem Falle unser Konzertmeister M i l l i e s. Nachdem das Orchester von dem besonders durch seine Operette „Die Landsknecht“ bekannten Wiener Komponisten Ziehrer einen solchen Walzer „Wiener Bürger“ gespielt hatte, warte er noch mit einem weiteren gelungenen musikalischen Scherz auf, dem „komischen Japantreich“ von dem sonst gänzlich unbekanntem Philipp Jahrbach. Schmetternd zieht die Kapelle zum Japantreich auf. Mühselig aber kommen die Musiker aus dem seelischen Gleichgewicht. Frauen locker, Wirtschaftler nicht minder, und ein Musiker verkrümelt sich nach dem andern. Ahnungslos schreiet der Kapellmeister voraus: er sieht nicht, was hinter ihm vor sich geht, zumal die übrig gebliebene Musik mit verstärkter Lautenkraft ihr Instrument spielen. Als aber schließlich die große Pause nur allein noch übrig ist, wendet sich der Kapellmeister mit Grausen um und schlingt sich ebenfalls seitwärts in die Büsche. Nur der Bauer ist ein pflichtbewusster Mann und setzt unermüdet seinen Weg fort. Und seines Kabjells Gedröhn ruft die fortgelaufenen Musiker auch wieder zurück. Einer nach dem andern findet sich allmählich wieder ein, als letzter der Kapellmeister, um das unterbrochene Spiel fortzusetzen. Der harmlose Musikanten-Witz fand starken Beifall. Eine besonders köstliche Gabe tendente das Orchester den Besuchern des Konzerts mit einer Stückprobe altfährlicher Musik. Aus dem Originalmanuskript von 1796 stieg es herauf, wie man vor etwa 130 Jahren auf Köfen und bei ähnlichen Gelegenheiten in Lübeck Musik machte. Die Uebersetzer von damals haben offenbar nicht nur einen guten Tropfen geliebt und gut geschmaust sie haben auch schon gute Musik zu würdigen gewußt. Denn was man da von fünf alten Lübschen Köfenbrüder zu hören bekam, war prächtige Kammermusik, die es gern und gut verdient, daß sie für die Gegenwart gerettet wird. Der Komponist ist nicht bekannt. Vielleicht gelangt es aber der Musikforschung, seinen Namen noch zu ermitteln. Leon Jessels „Parade der Zinnbläser“ ist hinreichend bekannt; die gefällige Musik darf immer auf eine willige Zuhörerschaft rechnen. „Das Mäuschen vor der Halle“ von einem unbekanntem Komponisten ist Holz von demselben Holze. Konjats Potpourri „Für fidele Leute“ und Rubins Marsch „Münchener Fasching“ beschloßen das gelungene Konzert. Die Konzertegeber ernteten durchweg starken Beifall.

Die Landstreicher“ bekannten Wiener Komponisten Ziehrer einen solchen Walzer „Wiener Bürger“ gespielt hatte, warte er noch mit einem weiteren gelungenen musikalischen Scherz auf, dem „komischen Japantreich“ von dem sonst gänzlich unbekanntem Philipp Jahrbach. Schmetternd zieht die Kapelle zum Japantreich auf. Mühselig aber kommen die Musiker aus dem seelischen Gleichgewicht. Frauen locker, Wirtschaftler nicht minder, und ein Musiker verkrümelt sich nach dem andern. Ahnungslos schreiet der Kapellmeister voraus: er sieht nicht, was hinter ihm vor sich geht, zumal die übrig gebliebene Musik mit verstärkter Lautenkraft ihr Instrument spielen. Als aber schließlich die große Pause nur allein noch übrig ist, wendet sich der Kapellmeister mit Grausen um und schlingt sich ebenfalls seitwärts in die Büsche. Nur der Bauer ist ein pflichtbewusster Mann und setzt unermüdet seinen Weg fort. Und seines Kabjells Gedröhn ruft die fortgelaufenen Musiker auch wieder zurück. Einer nach dem andern findet sich allmählich wieder ein, als letzter der Kapellmeister, um das unterbrochene Spiel fortzusetzen. Der harmlose Musikanten-Witz fand starken Beifall. Eine besonders köstliche Gabe tendente das Orchester den Besuchern des Konzerts mit einer Stückprobe altfährlicher Musik. Aus dem Originalmanuskript von 1796 stieg es herauf, wie man vor etwa 130 Jahren auf Köfen und bei ähnlichen Gelegenheiten in Lübeck Musik machte. Die Uebersetzer von damals haben offenbar nicht nur einen guten Tropfen geliebt und gut geschmaust sie haben auch schon gute Musik zu würdigen gewußt. Denn was man da von fünf alten Lübschen Köfenbrüder zu hören bekam, war prächtige Kammermusik, die es gern und gut verdient, daß sie für die Gegenwart gerettet wird. Der Komponist ist nicht bekannt. Vielleicht gelangt es aber der Musikforschung, seinen Namen noch zu ermitteln. Leon Jessels „Parade der Zinnbläser“ ist hinreichend bekannt; die gefällige Musik darf immer auf eine willige Zuhörerschaft rechnen. „Das Mäuschen vor der Halle“ von einem unbekanntem Komponisten ist Holz von demselben Holze. Konjats Potpourri „Für fidele Leute“ und Rubins Marsch „Münchener Fasching“ beschloßen das gelungene Konzert. Die Konzertegeber ernteten durchweg starken Beifall.

Das Geheimnis
alle Hausarzneimittel und Hausapotheke,
wie Mieser, Finen, Blüthen, Hanf, Fische, Pusteln u. s. w.
zu verreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der echten
Stechend-Teerwafel-Weife.
von Hergmann & Co., Raddeburg. (General-Vertrieb.)

Verlor. I. d. Gen. Vätertor ein Nord in Regenrod (14046) Abz. Gg. Lohberg I. Zu gleich für die Wäscherei ein tüchtiges Wäschmädchen bei hohen Lohn. (14559) Hotel Union. Jung. Mädchen wünscht Beschäftigung b. Herren- u. Damenwäscher. Ang. u. A 20 an die Exp. (14051)

Zu l. gel. Sanderreit. Klappportwagen ohne Verdeck, led. Gamaschen. Ang. u. A 19. (14036)

Prima selbgr. Hofen (Bilrot) billig. (14047) Wabwiraß 71. 3 Sag. Feisel u. fl. Zügänger. (14049) Stäwe. (14049) Schönböckenerstr. 18.

Angusthoff, 84/4 Witt. oreim, abzug. (14041) Mariegrube 2, III. Dam.- u. Herr-Masfentost. u. vern. (14038) Genedesstr. 26, I. fr. 27. 3. vert. jung. Ziegenlamme Näh. Wionthofer Weg 14a (14048) Kinderwagen gesucht. (14053) Angeb. mit Preis unter A 21 a. d. Exp. d. Bl.



Rabenschwarz
Ihr Schuh mit Schutzputz
Nigrin

Blütenweiß
Ihre Wäsche mit Seifenpulver
Schneekönig
(garantiert sauerstofffrei)

Verlangt beim Händler kostenlos Werbebogen zum großen Propaganda-Werbe-Anschreiben mit etwa Mk. 200 000.— Preisen und Prämien. Schluß der Bewerbung 31. März 1922.

Vor allem: Frage keinen Schmutz, der einen Stoff porz...
Dann: Frage nie prahlen, auffälligen Schmutz, der nicht
Drittens: Schmutz dich nicht zur täuschlichen Arbeit, als ob
Du zu einer Bedenke immer, daß die Menge des Schmutzes zu
meist im ungetrübten Verhältnis steht zur Schönheit des sich
Schmutzenden, daß also viel Schmutz das Eingeständnis von ge-
ringere Schönheit ist. Ein schönes Mädchen hat keinen Schmutz
nicht.

Befehnis.

Aber darf sagen:
Ich glaub' an Gott?
Magst Priester oder Waise fragen,
Und ihre Antwort schreit nur Spott
Lieber den Freier zu sein.
Und wer bekennen:
Ich glaub' ihn?
Wer empfinden,
Und sich überwinden,
Zu sagen: Ich glaub' ihn nicht!
Der Auserwählte,
Der Auserwählte,
Bist und erhält er nicht
Dich, mich, sich selbst?
Wollst dich der Himmel nicht da droben?
Weg die Erde nicht hier unten fest?
Und steigen freudlich bildend
Sowohl Sterne nicht herauf?
Schau' ich nicht Aug' in Auge dir,
Und drängst nicht alles
Nach Haupt und Herzen dir,
Und wegst in ewigem Geheimnis
Unlösbar sichtbar neben dir?
Und wenn du ganz in dem Gefühl bist,
Wenn es dann, wie du willst,
Kein's Glück! Herz! Liebel! Gott!
Ich habe keinen Namen
Doch! Gefühl ist alles;
Name ist Schall und Rauch,
Unnabelnd Himmelsgut.

Goethe („Trauer“).

Milchzähne und bleibende Zähne.

Jede Mutter muß wissen, wann die Zähne ihrer Lieblinge
erscheinen: Milchzähne: die mittleren Schneidezähne erscheinen
im 5. bis 8. Monat, die seitlichen Schneidezähne im 8. bis 12.
Monat, die ersten Backenzähne im 12. bis 16. Monat, die Eck-
zähne im 16. bis 20. Monat, die zweiten Backenzähne im 20. bis
30. Monat. Bleibende Zähne: im 6. Jahr der erste große Backen-
zahn, im 7. Jahr die mittleren Schneidezähne, im 8. Jahr die
seitlichen Schneidezähne, im 9. Jahr die ersten kleinen Backen-
zähne, im 10. Jahre die Eckzähne, im 11. Jahr die zweiten kleinen
Backenzähne, im 12. Jahr die zweiten großen Backenzähne, im 17.
bis 25. Jahr endlich die sogenannten Weisheitszähne.
Jede Mutter muß wissen, um bleibende Zähne zu erkennen,
richtigzeitig plombieren (nicht ahen!) bzw. selbst kommende Zähne
regulieren zu lassen. Milchzähne kann sie selbst entfernen, wenn
der darunter stehende bleibende Zahn „drückt“. Gewarnt wird
vor Kupferamalgam, sog. Kinderplomben, das schmelzschädli-
ches Blei enthält und blau verfärbt.

Keine engen Gassen dürfen mit sein; aber auch keine
Balkone, die für andere sorgen und nicht an sich selbst
Sachverständige überfließen, wenn sie die kommenden
in die Zeit setzen und den Platz an der Stelle und die
Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen; dabei kommt
nichts heraus. Die Zeit ist schuldig; wohnt, er ist das
zu machen.

Jein Brachmanen überträgt ein Lehrer an Würde, zehn Lehr-
er überträgt ein Vater, zehn Väter oder noch auch die ganze Erde
überträgt ein Mütter eine einzige Mutter. Weiblich Schwindel
kommt einer Mutter gleich?

Bei dieser Gelegenheit darf ich noch gestehen, wie ich mich
mit mir selbst herumgebalgt habe. Denn in mir gibt es im Kleinen
dieselben Niederklagen und Dummheiten auszurollen, wie in
der weiten Welt. Es wäre oft besser, das gar nicht zu erkennen,
als es zu sehen und doch nicht überwältigen zu können. Recht zu
haben und nicht recht zu handeln, das gibt den größten Anteilhaft.
Und doch muß man sich und andere zu diesem Zwiespalt aufweisen.
Sonn könnte sich die Mütterung nie wolleben, die uns einen
weiteren Aufstieg möglich macht. Peter Kolesger.

Die Schlüsselgewalt der Frau.

Der vom Gewerkschaftsartikel herausgegebene Leipziger
Betriebsrat bringt folgende, auch für unsere Leserinnen in-
teressante Notiz: Eine Leipziger Firma schickte eine große
Anzahl von Reisenden in Deutschland herum, um Aufträge
für photographische Vergroßerungen zu erlangen. Die Rei-
senden suchten gewöhnlich die Wohnungen in einer Zeit auf,
in der die Ehemänner nicht anwesend sind, und schweben den
Frauen so lange etwas vor, bis diese einen Befehlsschein un-
terschieden haben. Gewöhnlich weigert sich der Mann, die
funktionell wertvolle Vergroößerung abzunehmen und zu be-
zahlen, mit der Begründung, er habe das Rechtsgeschäft sei-
ner Frau nicht genehmigt. Die Firma wendet ein, die Be-
stellung habe sich im Rahmen der „Schlüsselgewalt“ der
Frau und verpflichtete den Ehemann zur Begleichung. Der
§ 1357, Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches regelt die
„Schlüsselgewalt der Frau“ und heißt:
Die Frau ist berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirt-
schaftskreises die Geschäfte des Mannes zu besorgen und ihn zu
vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungs-
kreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorge-
nommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes er-
gibt.

Durch ein Urteil des Amtsgerichts Essen vom 7. April
1921 wurde eine solche Klage abgewiesen und als Entschlei-
dungsgründe gesagt:
Der Kläger führt keinen Anspruch auf § 1357 BGB. Es
scheint aber bedenklich, die Schlüsselgewalt der Ehefrau so weit
auszuweiten. Bei einer photographischen Vergroößerung han-
delt es sich um einen Ausgegengenen, und es würde zu weit
führen, wolle man die Schlüsselgewalt eines Gegenstandes dieser
Art zu den den ehelichen Aufwand betreffenden Besorgungen
rechnen, die nach der bestehenden Sitte von der Ehefrau zu er-
füllen wären. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gerade die
Reisenden der photographischen Vergroößerungsanstalten die we-
niger geschäftsgewandten Ehefrauen aufsuchen und diese unter
Zuhilfenahme ihrer Hoberreichtum zur Bestellung der meist
überflüssigen und mehr oder weniger finanziell wertlosen Ver-
groößerungen zu veranlassen. Diejenige Mißbrauch muß bekämpft
werden. Daher entspricht es auch der Billigkeit, die Bestellung
eines solchen Gegenstandes nicht als ein von der Ehefrau im
Rahmen ihrer Schlüsselgewalt vorgenommenes Rechtsgeschäft
zu behandeln. Dann aber ist zur Gültigkeit derselben dem
Mann gegenüber die Genehmigung des Mannes erforderlich.
Daß aber der Beklagte diese erteilt hätte, hat der Kläger nicht
einmal behauptet. Der Kläger war daher unter Berücksichti-
gung des § 61 ZPO. mit seiner Klage abzuweisen.

Anders ist es, wenn die Firma die Ehefrau als Bestelle-
rin vertritt. Der Ehemann braucht die Zwangsvollstreckung
von dem Gericht dazu verurteilt wird. Da in Arbeiterkreisen
die Ehefrau gewöhnlich kein sogenanntes „Vorbehaltsgut“
besitzt, bleibt auch dann die Zwangsvollstreckung erfolglos.

Etwas vom Schmutz.

Du willst dich schämen? Ich habe nichts darüber.
bedenke, daß, wer sich schämt, die Augen hinglegt auf das Gesicht,
das er schämt. Das ist manchmal gefährlich! Die Sprache im
ungelegtesten aber thätig fröhlichen Haar, der Ring am Finger
mit Trauerband, der Dopschmutz im unfaulbaren oder absteigenden
Mit maagen dich nicht lassen. Bedenke überaus, daß Du den
schönsten Schmutz, ohne den jeder andere wirkungslos wird, ge-
winnst bedacht, daß Du sorgsam pflegst, all das, was Dir Mutter
Mutter legte; die weiße Perlenreihe der Zähne, den Glanz
Deines Haares, die tabellöse Feinheit der Haut, Deines Auges
Glanz, der Deine Seele widerpiegelt.



Befehne dich stolz als Sozialistin!

Deutschnationale Frauen befennen laut und offen ihre
Ebenung. Ueberall werden sie für ihre Gedanken und stär-
ken damit ihre Bewegung. Sozialistischen Frauen steht oft
dieser Befehnermut. Nichts schädigt eine Bewegung so sehr
wie Befehnermut und Selbsterkennt. Die alten Zeiten sind
vorbei, wo Gelebe und öffentliche Einrichtungen in den Sit-
tungsgruppen von Fürsten und Behörden beraten und durch-
geführt wurden. Heute macht und überwacht die öffentliche
Meinung die Gelebe.

Die Frau hat oft mehr Gelegenheit als der Mann, an
der Beeinflussung der öffentlichen Meinung mitzuwirken.
Sie kommt mit vielen Leuten zusammen im Hause, auf dem
Markt, im Laden, auf der Bahn, im Wartezimmer, im
Wirtshaus oder in Versammlungen. Wenn über die Wegen-
wart geflagt wird und die früheren Zeiten gepriesen wer-
den, dann schwebe sie nicht, sehe sie nicht angestrichelt nach den
anderen um und spreche ihnen gar nach dem Munde, sondern
betone, daß das, was schließt ist, auf dem Besten sozialistischer
Einrichtungen beruhe. Daß Schieber, Spekulanten und
Wucherer ein fürchtliches Leben führen ohne große Anstren-
gungen, während die Arbeiterfrauen von früh bis spät
sich abrackern müssen, um das Notwendigste für ihre Fa-
milien zu erhalten, kommt daher, daß wir noch viel zu wenig
Sozialismus haben.

Um als Sozialistin zu wirken, um stolz auf diese große
Bewegung zu sein, muß die Frau natürlich wissen, was
eigentlich der Sozialismus ist. Er besteht nicht in Schimp-
fen über hohe Preise oder hohe Steuern. Das tut die deutsch-
nationale Frau ebenfalls. Auch nicht in der Abschaffung ge-
wissenloser Kriegsehege und Kürstervereinnelung. Der So-
zialismus will viel mehr. Er will eine neue Gesellschaft,
die das Recht der breiten Massen auf ein menschenwürdiges
Dasein anerkennt. Er fordert, daß Eigentum nur dann von
der öffentlichen Gewalt geschützt und anerkannt wird, wenn
es eigener Arbeit entspringt. Verdant es keine Entlohnung
der Arbeit anderer (z. B. wenn durch Bau einer Eisenbahn
der Boden um 1000 Prozent an Wert steigt), so werde es
durch immer stärkere Besteuerung zum Besitz der Allgemein-
heit. Nur Arbeitsunfähige, Alte, Kranke, Kinder, hoffende
und stillende Mütter und unerschuldete Arbeitslose haben
auch ohne entsprechende Gegenleistung einen Anspruch auf
menschenwürdige Lebenshaltung durch gesellschaftliche Ver-
sorgung. Wenn heute über die Not der Kleinrentner geflagt
wird, so liegt das daran, daß die allgemeinen der Verpflich-
tung zu einer wirklich angemessenen Versorgung der Arbeits-
unfähigen noch nicht genügend anerkannt. In früheren
Zeiten hat man diese Leute einfach der privaten Wohlthätig-
keit überlassen und einen gesellschaftlichen Anspruch der Ver-
sorgung überhaupt nicht anerkannt. Nicht Rückkehr zu den
alten menschenwürdigen Einrichtungen, sondern vorwärts
zu noch sozialerem Gelebe muß daher die Lösung sein!

Auch auf dem Gebiete der Erziehung heißt es vorwärts,
nicht rückwärts! In einer wirklich sozialistischen Gesellschaft hat
jedes Kind einen Anspruch darauf, sorgfältig ausgebildet
und erzogen zu werden. Wenn heute ein armes Kind sich
eignete zum Arzt, Volkswirt, Richter, Forscher, Künstler,
Lehrer, Kaufmann, Betriebsleiter oder Staatsmann, so
würde es in den allermeisten Fällen nicht dazu kommen,
weil die Mittel fehlen, dem Kinde die entsprechende Vorbil-
dung und Erziehung zu geben. Hier herrren also noch große
Aufgaben ihrer Erfüllung, bis es gelingt, alle die künstlichen,
aus früherer Zeit übernommenen Benennnisse zu beseitigen,
die die freie Entfaltung der edlen Kräfte aller im Dienste
der Allgemeinheit bisher hinderten. Man frage die deutsch-
nationale Frau: Was hat das reiche kaiserliche Deutschland
für diese ungemein wichtige „nationale“ Aufgabe getan?
Gang besonders bedarf das Zusammenleben der Völker
einer durchgreifenden sozialen Umgestaltung. Die Krieger-
leiden haben jeder Frau beigebracht, daß es sich hierbet nicht
um die Privatangelegenheiten der großen Staatsmänner
handelt, sondern um Leben und Zukunft jeder einzelnen
Familie des Volkes. Hier tut Aufklärung bitter not. Man
frage die deutschnationale Frau, was die monarchistischen Be-
strebungen bisher taten, um Kriege künftig zu verhindern?
Wie kommt es denn überhaupt zu Kriegen? Ein Staat will
mehr Kosten- oder Ertrag haben, fruchtbarere Landstriche, gün-
stigere Verkehrsmittel besitzen als der Nachbarstaat. Da die
Staaten auf Grund faßlich anwachsender Schatzgrube für
zunehmender halten, sich deswegen zu schlagen, kann sich durch
gegenseitiges Entgegenkommen zu verständigen, so müssen
Millionen kräftiger junger Menschen ihr Leben oder ihre
Gesundheit lassen, Anstalten von Weibern werden verpul-
vert, und das Ende ist unenträglich gesteigerte Wasser-
Krente, die die Kampffreude, der Felder, die Unter-
nehmungslust nicht besser entzuden, wenn die kriegerischen
Kämpfer gemeinsam zu Felde zogen gegen all das soziale Wohl-
tungs- und Kinderelend, gegen Hoffnungslosigkeit, Unwissen-
heit und Kollie?

Nur wenn die Frau sich daran gewöhnt, den Sozialismus
in seiner ganzen Größe und Höhe zu erfassen, kann sie ihn
mit ganzer Seele lieben und für ihn Begeisterung wecken.
Sagt ihr die deutschnationale Frau: „Aber Ihre sozialisti-
schen Ideen sind unerfüllbar. Armut, Krieg, Anbildung,
Drückigkeit und Ausbeutung hat es immer gegeben, und sie
werden auch bleiben.“ So weise die Sozialistin stolz darauf
hin, daß doch schon so manche jahrtausende alten menschen-
unwürdigen Einrichtungen durch die tatkräftige Arbeit wader-
erer Korkämpfer verschwunden sind. Freidenker und Sozer
werden nicht mehr verbrannt, schwächliche Kinder und
Gesessene nicht mehr dem Hungertode ausgeliefert, Ver-
brecher nicht mehr gefoltert oder mit glühenden Sägen be-
arbeitet, Menschen nicht mehr wie Vieh als Sklaven ver-
kauft. Solle nicht auch das Recht eines jeden Menschen auf
volle Entfaltung seiner besten Kräfte im Dienste aller eine
mal etwas Selbstverständliches werden?

Wenn die Menschenwürde aus lauter Selbsterkenntnis und Angst
hohen bestände, so würden wir heute noch wie Affen auf
Bäumen herumklettern. Der erste, der Eisen schmelzt, den

Dann befiht, die Schrift benützte, Straftathen bestie aber ...

Sine Moniere und Mitarbeiter, ohne Entlohnung und ...

Der Socialismus kann keine hohe Geltung nur dem ...

Miehl seht es eilt mit nichts: gut Ding will Weite!

Miehl seht! es eilt mit nichts: gut Ding will Weite!

Und wenn sie kommen und ... sie kommen immer ...

Das Meer liegt wie ein kaltes Ungeheuer, Gleich ...

Um des Kindes willen!

Stimme von Georg Fink.

Straußen in den Dünen sitzt ein junges Weib, Was dem ...

Und schluchzt verzweifelt auf, Mein Mitleid ist in der Größe, nur die Mühen und der ...

Große Tathen sollen ihr über die Mängeln, Die zol- ...

Die Stille ward ihm und wieder durch den heiseren Schrei ...

Es ist eine Geheimnissevolle uralte Kraft, die nur ...

Das Spiel, das wurde bitterer Ernst!

Die Dämmerung ist hereingetommen, Sie greift nach ...

Die Mutter jagt mich zum Saule heraus und Vater ...

Und geht mit gang kleinen Schritten dem Wasser ent- ...

Das Meer schließt nicht mehr, Die Mutter jagt mich ...

Singer.

Von Roman Rossand.

Man hatte im Saule Augenblicke sehr flüchtiger ...

Man hatte im Saule Augenblicke sehr flüchtiger ...

Man hatte im Saule Augenblicke sehr flüchtiger ...

machte, während er andrange, war die Schüssel an ihm ...

„Nur eine, Mutter.“

„Zwei wie die anderen.“

„Drei wie die anderen.“

„Vier wie die anderen.“

„Fünf wie die anderen.“

„Sechse wie die anderen.“

Steh im Rauch.

Von Ellen Key.

Es gibt eine alle Mächte, daß man seinen Eltern nie ...

Es gibt eine alle Mächte, daß man seinen Eltern nie ...

Es gibt eine alle Mächte, daß man seinen Eltern nie ...

Mitbesten über eine große Kinderarbeit bedrückten Mütter ...

„Nur eine, Mutter.“

„Zwei wie die anderen.“

„Drei wie die anderen.“

„Vier wie die anderen.“

„Fünf wie die anderen.“

„Sechse wie die anderen.“

Dienerboten.

Die Wohnung mit uns im selben Quartiere ...

Die Wohnung mit uns im selben Quartiere ...

Die Wohnung mit uns im selben Quartiere ...

Die Wohnung mit uns im selben Quartiere ...